

aus politik und zeit geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Horst Ueberhorst

Probleme der
Geschichtswissenschaft

Ein Beitrag zur
politisch-historischen Bildung

Gerhard Beier

Die Wiederentdeckung
der Gewerkschaftsgeschichte

Ein aktueller Streit und
seine historischen Hintergründe

B 41/79

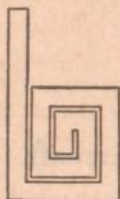
13. Oktober 1979

Horst Ueberhorst, Dr. phil., geb. 1925 in Bochum; Studium der Philologie; 1965 mit dem Aufbau und der Leitung des Instituts für Leibesübungen der Ruhr-Universität Bochum beauftragt, 1967 Ernennung zum Institutsdirektor; 1969—1970 Sportreferent der Landesregierung im Kultusministerium Düsseldorf; seit 1970 o. Prof. an der Ruhr-Universität Bochum; 1972 Auszeichnung im Internationalen Carl-Diem-Wettbewerb; Mitglied der Internationalen Olympischen Akademie und der American Academy of Physical Education.

Veröffentlichungen u. a.: Elite für die Diktatur. Die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten 1933 bis 1945, Düsseldorf 1969; Frisch, Frei, Stark und Treu. Die Arbeitersportbewegung in Deutschland 1893—1933, Düsseldorf 1973; Edmund Neuendorff — Turnführer ins Dritte Reich, Berlin 1970; Turner unterm Sternbanner. Der Kampf der deutsch-amerikanischen Turner für Einheit, Freiheit und soziale Gerechtigkeit (1848—1918), München 1979; Geschichte der Leibesübungen, 5 Bände, Berlin 1972—1978.

Gerhard Beier, Dr. phil. habil., geb. 1937; Privatdozent für Neuere Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Geschichte der Arbeiterbewegung an der Universität Kiel.

Veröffentlichungen u. a.: Schwarze Kunst und Klassenkampf, Frankfurt 1966; Ost-West-Vorurteile in der politischen Bildung, Frankfurt 1971; Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, Frankfurt und Köln 1975; Der Demonstrations- und Generalstreik vom 12. November 1948, Frankfurt und Köln 1975; Willi Richter. Ein Leben für die soziale Neuordnung, Köln 1978.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul
Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleisch-
str. 61—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

— Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zu-
züglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen
keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unter-
richtung und Urteilsbildung.

Probleme der Geschichtswissenschaft

Ein Beitrag zur politisch-historischen Bildung

Krise des Geschichtsbewußtseins

Desinteresse an Geschichte bei Schülern und Studenten — deren geringe historische Kenntnisse ihre Lehrer bzw. Professoren oft erschüttern — auf der einen Seite und hohe Attraktivität von Ausstellungen über politisches und kulturelles Leben vergangener Epochen auf der anderen Seite machen das zwiespältige Verhältnis der jüngeren Generation in der Bundesrepublik zur Historie deutlich. Hat die lange Zeit gültige Geschichtsschreibung Geschichte fragwürdig gemacht, ist die Geschichtsschreibung selbst vielleicht fragwürdig geworden, indes Erinnern an historische Vergangenheit vor allem durch unmittelbare Zeugnisse ein in unserer Gesellschaft durchaus lebendig gebliebenes Bedürfnis ist? „Krise der Geschichtswissenschaft“, „Gefahren des Historismus“, „Wozu noch Historie?“ und ähnliche Formulierungen in der Theoriediskussion von Historikern der Gegenwart zeigen, daß diesen die bisher begangenen Wege der Geschichtswissenschaft tatsächlich fragwürdig geworden sind.

In scharfer Selbstreflexion sitzt eine junge Historikergeneration über ihr Fach zu Gericht. Ihr Ziel ist vor allem eins: das Fach Geschichte zu einer streng wissenschaftlichen Disziplin zu machen, in der allein die wissenschaftliche Wahrheit überzeugt und die nicht durch außerhalb der wissenschaftlichen Forschung selbst liegende Motive mißbraucht werden kann. In der Grundlagenforschung geht man Fragen wie folgenden nach: Was ist überhaupt Gegenstand der Geschichtswissenschaft? Wie unterscheidet er sich vom Gegenstand der Naturwissenschaft? Welche Methoden sind zu seiner Erfassung nötig? Welche Form der Darstellung verlangt historische Wissenschaft? Darüber hinaus wird die Frage der Funktion der Geschichte für die Gesellschaft reflektiert, deren Interesse an ihr nur dann wieder lebendig werden kann, wenn sie die Bedeutung der Geschichte für die eigene Gegenwart und Zukunft erkennt. Schließlich wird auch die Sinnfrage nicht ausgeklammert.

Der vorliegende Beitrag will die Entwicklung vor allem der deutschen Geschichtswissenschaft aufzeigen. Im ersten Teil sollen die Momente aufgewiesen werden, die zu ihrer Krise geführt haben. Im zweiten Teil sollen die neuen methodischen Wege und Erkenntnisziele dargestellt werden, die zur Klärung des Selbstverständnisses von Geschichtswissenschaft beigetragen haben.

Das Studium der deutschen Geschichtsschreibung vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges gewährt einen höchst aufschlußreichen Einblick in die Stärken und Schwächen der Geschichtswissenschaft. Das Interesse der Deutschen am Historischen wurde durch die Romantik geweckt. Herder hatte ihre Aufmerksamkeit auf die Frage gelenkt: Wie ist das, was wir als kulturelles Gebilde vorfinden, *geworden*, wie hat sich alles in der menschlichen Wirklichkeit Geschaffene *entwickelt*? Im Unterschied zu der Aufklärung, die das Gegenwärtige als das höchst Entwickelte schätzte, bekamen die vergangenen Entwicklungsstadien für die Romantiker ihren besonderen Wert. Historisch Vergangenes wurde in seiner Einmaligkeit und Unwiederholbarkeit erkannt und als Besonderheit gewertet. Die universitären Fächer entwickelten ihre eigene Geschichte. Es entstanden Sprachgeschichte, Kunstgeschichte, Rechtsgeschichte, Wirtschaftsgeschichte usw. Jacob Burckhardt, der nicht viel Gutes an seinem Jahrhundert ließ, bescheinigte ihm aber als ein Positivum, daß es „das geborene Jahrhundert der historischen Studien sei, für sie geschaffen wie keines zuvor“¹⁾.

Die Entstehung des Historismus

Die grundsätzlich historische Betrachtungsweise aller kulturellen und politischen Erscheinungen wurde für das 19. Jahrhundert zu

¹⁾ Jacob Burckhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen. Mit einem Nachwort von Alfred v. Martin, Krefeld 1948, hier ‚Nachwort‘ S. 303

einer Weltanschauung, etikettiert als „Historismus“. Der Historismus bildete für das deutsche Bildungsbürgertum den geistigen Boden, aus dem Wissen und Erkenntnis wuchsen. Im Gefolge von Niebuhr und Ranke drängten Professoren und Studenten zum Studium der Quellen, um zu erfahren, „wie es wirklich gewesen ist“. Freilich führte dies oft zu einer Anhäufung von Gelehrtenwissen, dessen Unwert Nietzsche in seinen „Unzeitgemäßen Betrachtungen“ vom „Nutzen und Nachteil der Historie“ anprangerte. Ein solches historisches Wissen ist ihm „als kostbarer Erkenntnis-Überfluß und Luxus verwöhnte(r) Müßiggänger im Garten des Wissens“ ernstlich verhaßt. Er schließt das Vorwort zu seinen Betrachtungen mit den kritischen Worten: „Es gibt einen Grad, Historie zu treiben, und eine Schätzung derselben, bei der das Leben verkümmert und entartet.“²⁾ Diese Worte passen besonders gut auf den mit historischem Faktenwissen angefüllten Bildungsphilister.

Einer der großen Vertreter des Historismus war Leopold von Ranke (1795—1886). Sein Einfluß reichte bis weit ins 20. Jahrhundert hinein. In seiner Nachfolge bekannten sich die bedeutendsten Historiker zu der sogenannten „quellenkritischen“ Methode, wonach die strenge Darstellung der Fakten, wie bedingt und unschön sie auch sei, oberstes Gebot geschichtswissenschaftlicher Forschung sein müsse. Nicht als einen die Tat lähmenden Ballast, sondern als hohen geistigen Ansporn empfand Leopold von Ranke die Beschäftigung mit der Historie. Er wurde das große, bis weit in unser Jahrhundert hineinragende Vorbild für die Historiker. Noch 1936 hob Friedrich Meinecke in seiner Gedächtnisrede, die er zum 50. Todestag Rankes hielt, dessen „verstehende“ Methode und seine hohe Erzählkunst hervor, mit der es ihm gelang, das Wesen großer Persönlichkeiten einzufangen (als Beispiel nennt er in dieser Rede Napoleon). Aber gerade die verstehende oder hermeneutische Methode und die erzählende Darstellung von Ereignissen wird gegenwärtig als problematisch für die Historiographie angesehen. Methode und Stil Rankes sind bestimmt durch sein geistiges Verwurzelte sein im deutschen, bis in die Goethezeit zurückgehenden Idealismus. Ranke schreibt Universalgeschichte. In ihr sieht er *geistige* Kräfte, *moralische* Energien tätig, die man zwar nicht definieren,

²⁾ Friedrich Nietzsche, Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben, in: Friedrich Nietzsches Werke, Auswahl in zwei Bänden, Band 1, Stuttgart 1939, S. 31.

d. i. unter Abstraktionen bringen, aber wahrnehmen und anschauen kann. Wie in der Kunst sucht er „das Allgemeine unmittelbar und ohne lange Umschweife durch das Besondere darzustellen“³⁾.

In der Auseinandersetzung mit seinem Kritiker Heinrich Leo sagt Ranke: „In und mit dem Ereignis habe ich den Gang und Geist desselben darzustellen versucht und jenem seine bezeichnenden Züge abzugewinnen mich angestrengt. Überzeugt, daß dies das wesentlichste Moment in dem poetischen und künstlerischen Ausdruck sei, hielt ich es für erlaubt, auch in der Historie einen solchen Versuch zu machen.“⁴⁾ Diesem ästhetischen Gesetz der Kunst verpflichteten Stil gelingt die Schilderung großartiger und schrecklicher Szenen. Die individuellen Entscheidungen und Handlungen der großen geschichtlichen Persönlichkeiten, die einzelnen Ereignisse bilden den Stoff der Darstellung. Die Auswahl dieses Stoffes aber ist gebunden an die Quellen, die ihn überliefern, und diese selbst werden in einer strengen Kritik auf ihre Echtheit hin geprüft. Die Forderung Rankes, historische Forschung unmittelbar an den kritisch geprüften Quellen zu treiben — das sind z. B. Memoiren, Tagebücher, Gesandtschaftsberichte, Berichte von Augenzeugen —, hat auch heute noch Gültigkeit, wenn man auch seine ideengeschichtliche Deutung⁵⁾ und seinen erzählenden Stil ablehnt.

Das Erbe Rankes

Die von Ranke ins Leben gerufene Geschichtsschreibung wurde zur Tradition für alle namhaften Historiker des 19. Jahrhunderts, von seinen unmittelbaren Schülern Georg Waitz und Heinrich von Sybel angefangen über J. G. Droysen und Wilhelm Dilthey bis zu Heinrich Rickert und Gerhard Ritter, die noch im 20. Jahrhundert — zuletzt Gerhard Ritter auf dem ersten Historikertag nach dem Zweiten Welt-

³⁾ Karl Brandt, Geschichte der Geschichtswissenschaft, Universitätsverlag Bonn 1947, S. 110.

⁴⁾ Zit. nach Brandt, a. a. O., S. 110/111

⁵⁾ Von den schöpferischen Kräften der Weltgeschichte heißt es: „Sie blühen auf, nehmen die Welt ein, treten heraus in dem mannigfaltigsten Ausdruck, bestreiten, beschränken, überwältigen einander, in ihrer Wechselwirkung und Aufeinanderfolge, in ihrem Leben, ihrem Vorgehen oder ihrer Wiederbelebung, die dann immer größere Fülle, höhere Bedeutung, weiteren Umfang in sich schließt, liegt das Geheimnis der Weltgeschichte.“ L. v. Rauke, Die großen Mächte (1833), S. 51/52; hrsg. v. Hans Hofmann, Kröners Taschenbuchausgabe.

krieg zu Marburg (1951) — die *individualisierende Methode* der Geschichtsschreibung, d. h. das Sichtbar- und Erkennbarmachen des Geschichtsverlaufs als eine in der Zeit sich bildende Kette von Ereignissen verteidigte. Die Verteidigung des auf Individualisierung beruhenden Prinzips der Geschichtsschreibung trat auf den Plan, als sich im Laufe des 20. Jahrhunderts eine andere Wissenschaft etablierte, die sich mit der menschlichen Gesellschaft und deren Veränderung im Laufe der Geschichte beschäftigte, nämlich die Sozialwissenschaften. Ehe auf die Auseinandersetzung der beiden Wissenschaftszweige eingegangen werden kann, muß auf zwei Momente der traditionellen Geschichtsschreibung hingewiesen werden, die zu gefährlichen Folgen führten und sie in Mißkredit brachten. Das eine ist die Verbindung mit der *idealistischen Philosophie*, das zweite der Einsatz von Historikern für eine *nationale Politik*.

Philosophie und Geschichte gehen im 19. Jahrhundert eine enge Verbindung ein. In der nachkantischen idealistischen Philosophie Fichtes und Hegels wird Geschichte zu dem Bewußtseinsinhalt, in dem der Geist sich immer deutlicher selbst erfährt. Für Hegel offenbart sich die logische Vernünftigkeit des Bestehenden vor allem im Historischen. Die Stufen der historischen Entwicklung, die sich, eben weil sie eine logische ist, nach dem dialektischen Prinzip vollzieht, stellen einen immer höheren Grad des zu sich selbst kommenden Bewußtseins und damit zu einem immer höheren Grad von geistiger Freiheit dar. Eine große Rolle in Hegels Philosophie spielt der Begriff des objektiven Geistes, der auch für die Deutung der Geschichte wichtig wurde. Unter objektivem Geist versteht Hegel „den übergreifenden Lebenszusammenhang der Individuen, der, nicht von diesen erzeugt, vielmehr den Boden bildet, aus dem sie geistig hervorgehen.“⁶⁾ Die höchste Verwirklichung des objektiven Geistes, dessen die menschliche Vernunft fähig ist der Staat, für Hegel der preußische Staat. In ihm sieht er die Verwirklichung der sittlichen Idee schlechthin. Für ihn ist der preußische Staat die spezifische Leistung des deutschen Volksgeistes, so wie in anderen Epochen der Weltgeschichte andere Völker ihren Beitrag in der Arbeit der Staatenbildungen leisteten und leisten werden. Mit diesem Bedeutungszuwachs stieß Geschichte in metaphysische Bereiche und nahm einen erheblichen Charakter an. Reinhart Koselleck bringt

in einem 1971 in der „Historischen Zeitschrift“⁷⁾ erschienenen Aufsatz „Wozu noch Historie?“ einen wortgeschichtlichen Exkurs, der den Bedeutungswandel des Begriffs „Geschichte“ erhellt und der auf die Gefahr hinweist, die von dem Einströmen idealistischer Elemente in seinen Inhalt ausging.

Bis kurz vor der Französischen Revolution war „Geschichte“ Pluralform von „das Geschichte“ und „die Geschichte“ und meinte Berichte über Begebenheiten, Personen und Schicksale. Dieser Geschichtsbegriff, so Koselleck, erfährt um 1770 einen Bedeutungswandel, eine transzendente Wende führt zur Geschichtsphilosophie des Idealismus, für den Geschichte eine subjektive Bewußtseinskategorie wird, durch die alle zu machende Erfahrung vermittelt wird. Von hier aus weiterentwickelt wurde Geschichte zur „Geschichte an sich“; sie nahm eine metaphysische Bedeutung an, wurde substantiiert oder gar personifiziert und von Historikern und Politikern naiv und unreflektiert in oft emphatischen Wendungen mit den Epitheta heilig, gerecht, allweise, allmächtig belegt und angerufen, um gerechtes oder vermeintlich gerechtes Tun zu bezeugen oder vor ihr als der Richterin zu rechtfertigen. Hitler und seine Gefolgsleute machten reichlich Gebrauch von solchen beschwörenden Anrufen. Ein bis zum Zusammenbruch des Dritten Reiches in diesem Sinne häufig verwendeter Geschichtsbegriff erschwerte natürlich den Zugang zu einer kritischen Geschichtswissenschaft.

Ebenso verhängnisvoll wie die Verbindung der idealistischen Philosophie wirkte sich das Vermengen der nationalen Frage und die oft konkrete politische Arbeit der Historiker für die Geschichte aus. Zu Beginn des Jahrhunderts, vor allem nach der Niederlage von 1806, sollte in den Deutschen durch ein historisches Bewußtsein nationales Bewußtsein geweckt und gestärkt werden. „Unter den Mitteln, den deutschen Geist wieder zu heben“, heißt es in den „Reden an die deutsche Nation“ (1808), „würde es ein sehr kräftiges sein, wenn wir eine begeisternde Geschichte der Deutschen hätten.“⁸⁾ Auch nach den Befreiungskriegen bleibt für viele Verantwortliche die Hinwendung zur eigenen Geschichte ein notwendiges Stimulans, um in den Deutschen ein nationales Selbstbewußtsein zu erzeugen. So hatte sich der Reichsfreiherr vom Stein 1815 mit Goethe in Verbindung gesetzt, um mit ihm

⁶⁾ Wilhelm Windelband, Lehrbuch der Geschichte der Philosophie, Tübingen 1935, S. 517.

⁷⁾ Reinhart Koselleck, Wozu noch Historie, in: Historische Zeitschrift 212 (1971), S. 1—18.

⁸⁾ Zit. nach K. Brandt, a. a. O., S. 107.

den Plan zur Herausgabe von Quellen und Urkunden zur deutschen Geschichte zu besprechen. 1819 gründete vom Stein in Frankfurt a. M. die Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde. Bezeichnenderweise stellte er deren Arbeit unter das Motto: Sanctus amor patriae dat animum. Geschichte im Dienst einer nationalen Politik, das ist das Kennzeichen der Arbeit einer Reihe von namhaften Historikern.

Am wenigsten ist dies noch das Merkmal der Rankeschen Geschichtsschreibung, den die deutsche Geschichte weniger interessierte als die europäische bzw. „abendländische“ und der schon im Vorwort zu der „Geschichte der romanischen und germanischen Völker von 1494 bis 1514“ die der Historie beigeordnete Funktion, „die Mitwelt zum Nutzen zukünftiger Jahre zu belehren“⁹⁾, von sich gewiesen hatte. Dennoch unterbreitete auch er in seiner „Historisch-politischen Zeitschrift“ den Lesern staatspolitische Überlegungen, die für das 19. Jahrhundert charakteristisch waren. Auch für ihn war es ein politisch erstrebenswertes Ziel, den starken Staat und eine von einem gebildeten Beamtentum getragene Staatsverwaltung zu schaffen. Zeitgenössische Vorstellungen über freiheitliche Verfassungen tat er als Schwärmerei ab. Nicht übersehen werden kann auch die Absicht einer politischen Wirkung durch die Vorträge, die er vor dem König Maximilian II. von Bayern hielt, und den anschließenden Gesprächen mit ihm.

Georg Niebuhr (1776—1831) hat praktische politische Arbeit im dänischen und preußischen Staatsdienst ausgeübt und wird Vertrauensmann des Freiherrn vom Stein für die Finanzen.

Friedrich Christoph Dahlmann (1785—1860), als Professor in Göttingen 1833 zur Redaktion des hannoverschen Staatsgrundgesetzes berufen, wird Führer der Göttinger Sieben (1837) und betrachtet seine Lehrtätigkeit an der Bonner Universität im Sinne einer politischen Erziehungsaufgabe. Ziel seiner Lehre in Wort und Schrift wird die Neugestaltung des deutschen Reiches unter preußischer Führung.

Georg Gottfried Gervinus (1805—1871), ebenfalls in Göttingen politisch tätig gewesen, stellt sich als Historiker bewußt in Gegensatz zu Rankes universalhistorischer Geschichtsschreibung und schreibt eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, in der die Geschichte der Deutschen im Mittelpunkt steht.

⁹⁾ Zit. nach Brandi, a. a. O., S. 109.

Desgleichen schreibt *Ludwig Häusser* (1818 bis 1867) vaterländische Geschichte. Der Titel „Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen an“ zeigt die Ausrichtung des Interesses auf die nationalen Probleme.

Geschichte im Dienste des deutschen Nationalismus

Am stärksten verbindet sich nationalstaatlich politisches Denken mit Geschichtsschreibung bei *Heinrich von Treitschke* (1834—1896). Durch seine fast völlige Taubheit an einer öffentlich-politischen Tätigkeit gehindert, wird er publizistischer Mitarbeiter Bismarcks. Von 1871—1884 ist er trotz seiner Behinderung Mitglied des Reichstages. Treitschke hat sich in seiner Tätigkeit als Historiker immer zugleich auch als politischer Erzieher verstanden. Politische Erziehung aber bedeutete für ihn Erziehung zu der Überzeugung, daß nur ein zentralistisch gelenkter nationaler Machtstaat, wenn auch an ethische Grundsätze gebunden, das erstrebenswerte politische Ziel für die Deutschen sein müsse. Seine Reden und Aufsätze sowie seine „Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert“ fordern allesamt den starken Staat, das hieß für ihn in der damaligen Situation ein Staat unter Führung Preußens. Zugleich sind für ihn „die Männer der Tat“ die eigentlichen historischen Helden. In seinem Bemühen um die Realisierung seines deutschen Machtstaatsgedankens führte er einen heftigen Kampf gegen Marxismus und Judentum. So half er mit, den Boden für einen deutschen Nationalismus zu bereiten, der erst durch den Zweiten Weltkrieg gebrochen wurde. Seine fünfbandige „Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert“, die vom deutschen Bürgertum bewundert und gefeiert wurde und die das Geschichtsbild der Deutschen entscheidend mitbestimmte, hat im Ersten Weltkrieg in aller Welt als Beweis für das preußisch-deutsche Machtstreben gegolten und den Deutschen sehr geschadet.

In diesem Zusammenhang darf auch *J. G. Droysen* (1808—1886) nicht vergessen werden, der Mitglied des Frankfurter Parlaments war und gerade in der Zeit dieser Tätigkeit ein begeisterter Parteigänger Preußens und seiner Politik wurde. Die 14 Bände seiner „Geschichte der preußischen Politik“ bezeugen seinen fast schwärmerischen Glauben an die politische Sendung Preußens.

Dieses von den Historikern geförderte nationalistische Geschichtsbewußtsein der Deut-

schen sah sich noch einmal bestätigt, als Hindenburg und Hitler sich 1933 vor der Potsdamer Garnisonskirche die Hand reichten. Nicht ohne Grund hat man Professoren und Geschichtslehrer für das nationale Unglück der Deutschen mitverantwortlich gemacht, zumal ihnen in der bürgerlichen Gesellschaft die Rolle zukam, bei gegebenen Anlässen in Festreden durch historische Reminiszenzen das Nationalgefühl zu entflammen.

Neben der mächtigen Strömung des Historismus — noch 1924 verteidigte Friedrich Meinecke ihn in seinem Werk „Die Entstehung des Historismus“ als eine notwendige Bewegung und bekannte sich selbst zu ihm — brach sich allmählich eine andere wissenschaftliche Disziplin Bahn, deren Forschungsarbeit ebenfalls auf die menschliche Lebenswirklichkeit gerichtet war, nur mit dem Unterschied, daß sie die gesamte Gesellschaft und deren Veränderung umfaßte: die sozialwissenschaftliche Forschung.

Für die Erfassung der durch die Industrialisierung und deren Folgen veränderte Gesellschaft (Landflucht, Entstehung des Arbeiterproletariats in städtischen Ballungsräumen, ungerechte Besitzverteilung im Frühkapitalismus, Schwierigkeiten der Regierbarkeit von Massengesellschaften) reichten die bisherigen Methoden der historischen Wissenschaften nicht mehr aus. Geschichte als Wissenschaft vom Staat, von den politischen Entscheidungen der Staatsmänner, von den Existenzkämpfen der Staaten in Kriegen und Schlachten und den sie beendenden Verträgen, vorgetragen in chronologisch geordneten, narrativ dargebotenen Ereignisschilderungen, war zur Analyse der neuen gesellschaftlichen Erscheinungen nicht mehr geeignet. Die ersten Erkenntnisse über die Strukturen der neuen Industriegesellschaft kamen aus der Nationalökonomie und der Wirtschaftslehre. Die gesellschaftskritischen Schriften von Karl Marx wiesen die ökonomische Natur der Basis aller Strukturen von menschlichen Gesellschaften nach. Die sozialwissenschaftlichen und sozialgeschichtlichen Untersuchungen mehrten sich. Allerdings schreckten die meisten aus dem Bildungsbürgertum hervorgegangenen Historiker davor zurück, sozialwissenschaftliche Forschungsarbeit zu treiben. Infolge der von Karl Marx aufgeworfenen „sozialen Frage“ und den aus ihr abgeleiteten politischen Forderungen bekamen sozialwissenschaftliche Themen so etwas wie sozialistische Anrühigkeit. Universitätshistoriker sprachen von Kollegen, die sich mit sozialwissenschaftlichen Problemen

beschäftigten, verächtlich als von „Kathedersozialisten“. Wie negativ sozialgeschichtliche Interessen in diesen Kreisen angesehen wurden, geht aus der Tatsache hervor, daß man dem bedeutenden, durchaus konservativ und monarchisch gesinnten Historiker Gustav von Schmoller eine Stelle als Reichsarchivar verwehrte, weil es „bedenklich sei, sie einem sozialistischen Gelehrten ... zu geben“¹⁰). Auch Jacob Burckhardt sprach ablehnend von den Sozialisten, die mit ihren „Geschichten des Volkes die Geschichte ausdeuten und ausbeuten“¹¹).

Einflüsse naturwissenschaftlichen Denkens auf die Geschichtswissenschaft im „Lamprechtstreit“

Anstöße, in den Geisteswissenschaften, vor allem den historischen, neue Wege zu gehen, waren auch aus den Naturwissenschaften gekommen, deren Ausbreitung und Bedeutung im Laufe des 19. Jahrhunderts in ungeahntem Tempo zugenommen hatten. Man war geneigt, das Prinzip der Naturwissenschaften, die einzelnen Naturerscheinungen unter Allgemeinbegriffe zu bringen und sie auf Gesetze zurückzuführen und dadurch Objektivität der Erkenntnis und sogar Voraussagbarkeit von Erscheinungen zu erreichen, auch auf die Erforschung der Phänomene der menschlichen Gesellschaft und die Historie zu übertragen. Vertreter des philosophischen Materialismus wie Feuerbach, der die gesamte menschliche Lebenswirklichkeit als nur auf materiellen Kräften beruhend erklärte, hatten zu diesem Trend beigetragen. Die Franzosen H. Taine und A. Comte und die Engländer Mill und Buckle hatten der Geschichtswissenschaft schlicht die Aufgabe gestellt, die „Naturgesetze“ des Völkerlebens zu suchen.

Trotz einer Reihe von Einzeluntersuchungen über Struktur und Prozesse vor allem im ökonomischen Bereich gab es im 19. Jahrhundert noch keine grundsätzliche Änderung der Methoden in der deutschen Geschichtswissenschaft im Sinne sozialwissenschaftlicher Untersuchungen. H. U. Wehler weist in der von ihm herausgegebenen „Moderne(n) deutsche(n) Sozialgeschichte“ auf erste Forderungen einiger namhafter deutscher Historiker wie Karl Friedrich von Eichhorn, Lorenz v. Stein und Georg Wilhelm von Raumer hin, Ge-

¹⁰) Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), *Moderne deutsche Sozialgeschichte*, Köln 1976, S. 11.

¹¹) J. Burckhardt, a. a. O., S. 10.

schichte nicht nur als Aufeinanderfolge politischer Ereignisse zu studieren, sondern als Geschichte der Gesellschaft. Am radikalsten erklärte L. v. Stein in seiner „Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich“ (1850): „Geschichte wird ausgefüllt durch den Kampf der Klassen, der noch ergänzt wird durch den Kampf der Gesellschaftsformen. Geschichte ist Gesellschaftsgeschichte, die alle anderen Kulturmomente in sich aufnimmt und funktionalisiert.“¹²⁾

Dennoch — das waren vereinzelte Stimmen. Erst Ende des Jahrhunderts kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung beider Denkrichtungen. Sie ist in der Geschichte der Geschichtswissenschaft als „Lamprechtstreit“ bekannt. Er wurde ausgetragen als Streit um die Frage, ob Geschichte als Individualgeschichte oder als Zustandsgeschichte anzusehen sei. Karl Lamprecht hatte in einem Aufsatz über „Das Arbeitsgebiet geschichtlicher Forschung“ erklärt: „Wirken aber so die Zustände nicht passiv, sondern aktiv, sind sie nicht minder Ursachen des geschichtlichen Lebens als die Einzelwillen der historischen Persönlichkeiten, so tritt alsbald die Frage auf: welche dieser Willensäußerungen denn die umfassenderen, bestimmenderen für den geschichtlichen Verlauf sind, die zuständig-kollektiven oder die genial-individuellen? Und da ist nun kein Zweifel: es sind die zuständigen. Ist dem nun so: sind die kollektivistischen Verursachungen die stärkeren, so kann die Geschichte in den tiefsten Fundamenten nimmermehr auf die Untersuchung der großen Leistungen der Einzelwillen aufgebaut werden; sie kann nur aufgebaut werden auf die breiteste Geschichte der Zustände. Diese sind das prius, ihnen erst folgt, in sie greift ein, in ihnen geborgen ist die Geschichte der genialen, eminenten Personen.“¹³⁾

Für Lamprecht ist „die Entwicklung der Staatsgeschichte ... nicht der Anfang geschichtlicher Wissenschaft, sondern das Ende“¹⁴⁾. Zur Abwehr des Vorwurfs eines staatsfeindlichen sozialistischen Denkens schrieb er: „Nicht staatsfeindlich ist darum die neue Richtung, sondern nur bedacht, das Verständnis des Staates zu vertiefen.“¹⁵⁾ Den heftigsten Streitpunkt bildete die Behauptung Lamprechts, daß zwischen der Entstehung eines Geschichtsbil-

des durch die traditionelle Geschichtsschreibung und einer historischen Sagenbildung nur ein gradueller, aber kein prinzipieller Unterschied sei, darauf anspielend, daß bei der „verstehenden“ Methode der Historiker nur mit Hilfe der Phantasie ein Abbild historischer Wirklichkeit zustande komme, in dem „die innersten Motive und Strebungen der Handelnden ... nur vermutungsweise zu rekonstruieren seien.“¹⁶⁾

Der traditionellen Geschichtswissenschaft fehlt für Lamprecht die wissenschaftliche Exaktheit. Diese erhofft er sich von den neuen Methoden der Erfassung gesamtgesellschaftlicher Zustände, bei denen der Vergleich eine Rolle spielt. Voller Optimismus sieht er dieser neuen Entwicklung entgegen. „Für das kulturgeschichtliche Gebiet (hier die Bezeichnung für die gesamtgesellschaftlichen Zustände) dagegen läßt sich eine Zukunft vorstellen, die auf dem Wege psychologisch-induktiver Durcharbeitung eines massenhaften, in sich wesentlich gleichartigen Materials zu vollkommeneren wissenschaftlichen Wahrheiten führt, und von ihrem Emporsteigen muß ein neues Zeitalter der Geschichtswissenschaften erwartet werden.“¹⁷⁾ Damit werden die Methoden der Psychologie und der Soziologie als Methoden für die neue Geschichtswissenschaft gefordert.

Gegensatz Naturwissenschaft — Geisteswissenschaft

Von jetzt ab kam der Methodenstreit unter den Geschichtswissenschaftlern nicht mehr zur Ruhe. Manche Historiker gerieten in ein ausgesprochenes Dilemma, wenn sie einerseits zugaben, daß in der historischen Wirklichkeit der einzelne von größeren, ihn umfassenden Mächten abhängig sei, die zu erforschen für die Geschichte höchst wichtig sei, sie andererseits aber darauf beharrten, daß die Geschichtsschreibung nicht mit den Methoden der Sozialwissenschaften arbeiten dürfe, sondern ihre eigenen spezifischen anwenden müsse.

Ein Beispiel für ein solches Dilemma gibt von Below, der heftig gegen die Soziologie polemisiert, dann aber versucht, mit Hilfe eines umfassenden Begriffs, den er in seiner romantisch-historischen Sehweise „Volksgeist“

¹²⁾ Zit. nach H.-U. Wehler, a. a. O., S. 10.

¹³⁾ Karl Lamprecht, Das Arbeitsgebiet geschichtlicher Forschung, in: Die Zukunft, Jhrg. IV (1896), Nr. 27, S. 2.

¹⁴⁾ Ebenda, S. 25.

¹⁵⁾ Ebenda.

¹⁶⁾ K. Lamprecht, Deutsche Geschichte, Bd. 4, Berlin 1921⁵, S. 133f.

¹⁷⁾ Ebenda.

nennt, die „historischen Individualitäten“ aus ihrem großen Zusammenhang zu erklären¹⁸⁾. Die Zuflucht zu einem solchen irrationalen Erklärungsgrund mußte natürlich diejenigen unter den Historikern, die nach Wissenschaftlichkeit für ihre Disziplin riefen, suspekt erscheinen. Bis in die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts verschärfte sich die Konfrontation zwischen traditioneller Geschichtsschreibung und Sozialwissenschaft. Sie spitzte sich erneut auf den Gegensatz Naturwissenschaft — Geisteswissenschaft zu.

Drei Geschichtsphilosophen, W. Dilthey, W. Windelband und Heinrich Rickert, kamen den Traditionalisten zu Hilfe und wurden von diesen als „treue Waffenhilfe“ zur „Verteidigung und Befestigung geschichtlicher Auffassung“¹⁹⁾ begrüßt. Die menschliche Gesellschaft und ihre Geschichte, so argumentierten sie, könnten nicht durch Gesetze wie Naturerscheinungen erklärt werden. Was in der menschlichen Geschichte als Begebenheit erscheine, sei einmalig, in seiner Besonderheit nicht wiederholbar und könne deshalb nicht unter allgemeine Begriffe gebracht werden, die sie erklären. In „Der Aufbau der geschichtlichen Welt“ erklärt Dilthey: „In der äußeren Natur wird der Zusammenhang in einer Verbindung abstrakter Begriffe den Erscheinungen unterlegt. Dagegen der Zusammenhang in der geistigen Welt wird erlebt und nachverstanden. Der Zusammenhang der Natur ist abstrakt, der seelische und geschichtliche aber ist lebendig, lebensgesättigt.“²⁰⁾

Ebenso erklärt Rickert in „Grenzen der naturwissenschaftlichen Begriffsbildung“: „Die Geschichte kann, auch als Wissenschaft, die Wirklichkeit niemals mit Rücksicht auf das Allgemeine, sondern immer nur mit Rücksicht auf das Besondere und Individuelle darzustellen versuchen. Das Individuelle und Einmalige ist allein wirklich geschehen, und nur eine Wissenschaft, welche von dem einmaligen wirklichen Geschehen selbst redet, darf Geschichtswissenschaft genannt werden.“²¹⁾ Windelband grenzte die Geschichtswissenschaft als „ideographische“ von den Naturwissenschaften als „nomothetische“ voneinander ab.

Weiterwirken Rankescher Tradition

Trotz vieler überzeugender sozialwissenschaftlicher Arbeiten, die auch im gesellschaftlichen und historischen Leben Gesetzmäßigkeiten aufspürten, blieb die Abwehrhaltung namhafter Historiker gegenüber den als zu positivistisch abgewerteten Sozialwissenschaften weiter bis in die fünfziger Jahre bestehen. Noch auf dem ersten Historikertag nach dem Zweiten Weltkrieg formulierte G. Ritter, sich zugleich auf F. Meinecke berufend: „Zu den wichtigsten Voraussetzungen deutscher Historie gehörte von Anfang an ihre streng individualisierende Methode. Friedrich Meinecke hat sie geradezu den ‚Kern des modernen Historismus‘ genannt, im Gegensatz zum generalisierenden, auf Allgemeinbegriffe zielenden Denken des Rationalismus. Jede geschichtliche Erscheinung in ihrer Besonderheit und aus den besonderen, nicht wiederholbaren Voraussetzungen ihrer jeweiligen Epoche zu verstehen, das wurde der Ehrgeiz unserer Historie.“²²⁾

Diese Äußerungen bezeugen nicht nur eine bestimmte wissenschaftliche Auffassung, sie beruhen zugleich auf einer politischen Haltung. Das wird deutlich in einer von Ritter verfaßten Betrachtung zum Internationalen Kongreß der Geschichtswissenschaft in Rom 1955. Darin heißt es: „Die westeuropäische Geschichtswissenschaft ist in ihrem Bemühen, den Kollektiverscheinungen des geschichtlichen Lebens gerecht zu werden ... vielfach unsicher geworden in der Beurteilung des Verhältnisses von Individuum und Masse, von Freiheit und Gebundenheit, von ökonomischen und politischen Faktoren.“²³⁾ Er bedauert die Entfremdung der Historiographie gegenüber der politischen Geschichte und fährt dann fort: „Denn wie soll sich der Westen in seiner geistigen Eigenart gegenüber dem Sowjetsystem behaupten, wenn er selbst unsicher wird in seiner Einschätzung der Bedeutung ökonomisch-sozialer Motive des geschichtlichen Lebens, d. h. wenn er selbst in Gefahr gerät — bewußt oder unbewußt —, in materialistische Gedankengänge abzugleiten. Ich möchte es für eine besondere Aufgabe deutscher Geschichtswissenschaft halten (die von idealistischen statt positivistischen Tradi-

¹⁸⁾ Georg v. Below, Deutsche Geschichtsschreibung von den Befreiungskriegen bis zu unseren Tagen, Berlin-München 1924², Vorwort S. IX.

¹⁹⁾ Zit. nach Winfried Schulze, Soziologie und Geschichtswissenschaft, München 1974, S. 30

²⁰⁾ Zit. nach Schulze, a. a. O., S. 31.

²¹⁾ Ebenda.

²²⁾ Gerhard Ritter, Gegenwärtige Lage und Zukunftsaussichten deutscher Geschichtswissenschaft, Historische Zeitschrift 170 (1950), S. 7f.

²³⁾ Auszugsweise Wiedergabe bei W. Schulze, Soziologie und Geschichtswissenschaft, S. 96/97.

tionen herkommt), sich solchen Gefahren entgegenzusetzen.²⁴⁾

W. Schulze stellt mit Erleichterung fest, daß die deutsche Geschichtsschreibung die ihr von Ritter gestellte Aufgabe nicht erfüllte und mehr und mehr die Wege beschritt, die die Geschichtswissenschaft im französischen und anglo-amerikanischen Raum schon längst gegangen war. G. Ritter kann als der letzte namhafte Vertreter idealistischer Geschichtsschreibung angesehen werden. Gerade in dem Jahrzehnt, in dem er die oben zitierte Warnung aussprach, geschah auch in Deutschland der entscheidende Durchbruch, bei dem es von der Konfrontation zur Kooperation der beiden Disziplinen Geschichte und Sozialwissenschaften kam.

Wegbereiter moderner Sozialgeschichte

Dem folgenden Überblick über die entscheidenden Arbeiten muß allerdings noch eine kurze Zusammenfassung der Gedankengänge dreier Historiker vorangestellt werden, die gleichsam die Brücke schlagen zwischen Lamprecht und den Modernen: Gustav v. Schmoller (1838—1917), Otto Hintze (1861—1940) und Max Weber (1864—1920).

Schmoller, von der Nationalökonomie kommend, aber auch der Geschichtswissenschaft zugewandt, meint, „daß ein großer Teil alles geschichtlichen Stoffes wirtschaftlicher und sozialer Art ist, von der Geschichte chronologisch und erzählend, von den Staatswissenschaften (die damalige Bezeichnung für Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften) theoretisch und zusammenfassend vorgeführt wird“²⁵⁾. Für Schmoller ist es Aufgabe der Gesellschaftswissenschaften, Klassifikationen, Regelmäßigkeiten, kausale Zusammenhänge herzustellen, deren aufgestellte Hypothesen dann von der Geschichtswissenschaft mit Hilfe der vergleichenden Methode überprüft werden müßten. Der historische Vergleich hat für ihn eine Art wissenschaftliche Ersatzfunktion, die dem Experiment in den Naturwissenschaften gleichkommt. „Die zunehmende Vergleichung ersetzt das fehlende Experiment, läßt die Abstufung gradueller Zunahme gewisser kausaler Faktoren erkennen, konstatiert die Wahrscheinlichkeit gleicher Ursachen, gibt allein das Mittel an die Hand, die großen

sozialen und wirtschaftlichen Bewegungen und Veränderungen mit einiger Wahrscheinlichkeit vorauszusehen.“²⁶⁾ Schmollers Erkenntnisinteresse am Allgemeinen, an der Ableitung typischer Formen, an der Formulierung von Regelmäßigkeiten und Gesetzen und die Forderung der Kooperation von historischen und soziologischen Wissenschaften gaben einen weiteren Anstoß zu gegenseitiger Respektierung.

Otto Hintze sah im historischen Leben generelle und individuelle Vorgänge, aber so miteinander vermischt, daß sie nicht getrennt voneinander mit zwei verschiedenen Methoden erfaßt und aus wenigen Elementen erklärt werden könnten. Wie Lamprecht ging es ihm aber darum, „daß die historische Wissenschaft auf die breite Basis einer möglichst in die Tiefe reichenden sozialpsychischen Forschung gesetzt werden muß“, um „nicht nur die aufgesetzten Ketten und Gipfel, sondern auch den Grundstock des Gebirges ... kennenzulernen“²⁷⁾. Die Kooperation der beiden Disziplinen wurde von Hintze nicht so verstanden, daß eine der anderen untergeordnet wäre, etwa Geschichte als Datenlieferantin der Soziologie; beide sollten sich ergänzen in dem Sinne, „daß der Geschichte die Erforschung und Darstellung der konkreten Sinnzusammenhänge des sozialen Handelns zufällt, während die Soziologie sich mit den (Ergebnissen der Geschichte) auf Grund ihrer gebildeten Abstraktionen zu beschäftigen hat“²⁸⁾. Für Hintze haben beide Forscher unterschiedliche Interessen und Erkenntnisziele, die nicht verwischt werden dürfen. So verwende der Historiker den Vergleich, um Gegenstände „in ihrer Individualität schärfer zu erfassen“, der Soziologe dagegen tue dies, um „ein Allgemeines zu finden, das dem Verglichenen zugrunde liegt“²⁹⁾. Für den Historiker, der das Spezifische seiner Wissenschaft gewahrt sehen wollte, der sich aber der Forderung nach Erforschung seines Gegenstandes auch mit Hilfe soziologischer Methoden nicht verschließen wollte, waren diese Gedankengänge Hintzes wegweisend.

Einen weiteren Schritt der Öffnung der Geschichtswissenschaft zur Herausarbeitung ge-

²⁴⁾ Ebenda, S. 319.

²⁵⁾ Otto Hintze, *Soziologie und Geschichte*. Gesammelte Abhandlungen zur Soziologie, Politik und Theorie der Geschichte, Hrsg. G. Oestreich (Gesammelte Abhandlungen Bd. 2), Göttingen 1964², S. 320.

²⁶⁾ Ebenda, S. 249.

²⁷⁾ Ebenda, S. 251.

²⁴⁾ Ebenda, S. 97.

²⁵⁾ Gustav Schmoller, *Über einige Grundfragen der Sozialpolitik und der Volkswirtschaftslehre*, Leipzig 1904², S. 315—317.

nereller Regeln tat der Historiker Max Weber mit der Einführung seines Begriffs des „Idealtypus“, den er zwar als reines Gedankenbild definiert, mit dessen Hilfe sich aber der ökonomische Charakter historischer Erscheinungen bestimmen läßt, wie dies z. B. durch den Idealtypus „Stadtwirtschaft“ zur Erkennung der ökonomischen Verhältnisse einzelner mittelalterlicher Städte möglich wird, je nachdem, „wie nahe oder wie fern die Wirklichkeit dem Idealbild steht“³⁰⁾. Mit dieser Methode stellte sich Max Weber einerseits gegen die Historiker im Gefolge Rankes, die meinten, daß man in der Geschichte keine allgemeinen Regeln und Begriffe aufstellen könnte, weil die Objekte der Geschichte zu vielfältig und überdies in ständiger Veränderung seien. Andererseits lehnte er es ab, die Idealtypen zu realen Kräften der Geschichte zu machen, womit er marxistische historische Kategorien zurückwies. Schulze sieht darin einen Grund, warum Max Weber nach dem Kriege in der Bundesrepublik auf die Historiker eine starke Wirkung ausübte. Für Max Weber steht die Typenbegriffe bildende und generelle Regeln suchende Soziologie zwar „im Gegensatz zur Geschichte, welche die kausale Analyse und Zurechnung individueller, kulturwichtiger Handlungen, Gebilde und Persönlichkeiten erstrebt“³¹⁾, aber sie steht für ihn zugleich in einem unlösbaren Funktionszusammenhang mit ihr. So fand die soziologische Verfahrensweise offizielle Anerkennung von seiten eines Historikers.

Einflüsse französischer Geschichtstheoretiker bzw. Historiker

Noch ein paar Worte zu den Anstößen, die für die bundesrepublikanische Geschichtswissenschaft aus dem internationalen, d. h. dem oben zitierten anglo-amerikanischen und französischen Raum kamen. (In der DDR gab es für die Historiker keine andere Möglichkeit als die oktroyierte Übernahme der Denkkategorien des historischen Materialismus auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, der allerdings auch in der Bundesrepublik Vertreter fand. Man erinnere sich an den Ruf linksintellektueller Studenten: Marx an die deutschen Universitäten!)

Die eine Denkrichtung ist die der Behavioristen oder Physikalisten, die ihre Wurzeln zwar

schon bei materialistischen Historikern der Aufklärung hat, neuerdings aber wieder aus dem anglo-amerikanischen Raum kommt. Die Behavioristen vertreten radikal die Ansicht, daß die Vorgänge in der Natur und Geschichte von prinzipiell gleichem Charakter sind. Sie gehen von der Annahme aus, daß, da der Mensch ein dreidimensionales Objekt in Raum und Zeit ist, er deshalb auch den Naturgesetzen unterworfen sei. Deshalb könne auch die Geschichte, d. i. der Bericht von dem, was er getan hat, mit Hilfe von Naturgesetzen, besonders biologischen und psychologischen, erforscht werden. Noch aber, so Isaiah Berlin in seiner Untersuchung „Geschichte als Wissenschaft“, sei es den Vertretern dieser Richtung nicht gelungen, „die biologischen und physiologischen Zustände und Prozesse menschlicher Wesen auf der einen Seite mit ihren gleichfalls beobachtbaren Verhaltensmustern auf der anderen Seite (so zu) verbinden, daß man daraus ein kohärentes System von Regelmäßigkeiten erstellen könnte, ableitbar von gleichsam wenigen allgemeinen Gesetzen, so daß man die historischen Prozesse, als reinen Kausalgesetzen gehorchend, erklären und sie in die Zukunft voraussagen könnte“³²⁾.

Eine zweite, vor allem von einer Reihe französischer Historiker der Gegenwart begründete Grundlagentheorie fordert eine totale Quantifizierung der Geschichte mit Hilfe von Methoden, die zunächst von den Wirtschaftshistorikern angewandt wurden. Nicht Ereignisse sind Gegenstand historischer Forschung, sondern Statistiken. Was quantifizierbar ist, wird in Reihen gebracht. Der Vergleich der Reihen, so François Furet, ergibt hochinteressante Erkenntnisse. Die Darstellung dieser Erkenntnisse schließe jede Willkür aus, wie sie bei der Interpretation von Ereignissen (événements) möglich sei. Mit Hilfe moderner Datenspeicherung durch den Computer vermag der Historiker aus den Archiven Daten abzurufen, diese in Reihen zu bringen und die Reihen miteinander zu vergleichen. Deshalb auch die Bezeichnung „serielle Geschichtswissenschaft“ (Terminus von Pierre Chaunu). In der französischen Geschichtswissenschaft haben z. B. in den letzten Jahrzehnten Vergleiche von Preislisten mit demographischen Reihen über die Entwicklung der Bevölkerungszahl zu neuen Erkenntnissen über das „wirtschaftliche ancien régime“ geführt. Ebenso wertvolle

³⁰⁾ Max Weber, Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Hrsg. J. Winckelmann, Tübingen 1951², S. 191.

³¹⁾ Ebenda, S. 545f.

³²⁾ Isaiah Berlin, Geschichte als Wissenschaft, in: Seminar: Geschichte und Theorie (Hrsg. Hans Michael Baumgartner u. Jörn Rüsen), Frankfurt/M. 1976, S. 210.

englische und französische Arbeiten gibt es über die vorindustrielle Gesellschaft und die industrielle Revolution, die mit Hilfe der seriellen Methode erstellt wurden. In früherer Geschichtsschreibung kaum benutzte Daten, wie sie z. B. in Pfarregistern, von Präfekturen erhobenen Statistiken, notariellen Heiratsverträgen im modernen Europa, Daten der amerikanischen Präsidentschaftswahlen vorhanden sind, werden von diesen Historikern in vergleichbare chronologische Reihen gebracht, die analysiert und zur Herausarbeitung bestimmter Probleme der gesellschaftlichen Veränderungen gedeutet werden.

So fruchtbar aber auch die serielle Methode hinsichtlich der von ihr eingebrachten Erkenntnisse sein mag, die Selbstreflexion der Geschichtswissenschaft, die eine Theorie ihrer Grundlagen überprüft, wird die Grenzen dieser Methoden erkennen müssen. Erstens ist nicht alles in der Geschichte quantifizierbar; viele Phänomene sind rein qualitativer Natur. Zweitens fehlen in vielen geschichtlichen Abschnitten, z. B. im Altertum, Daten, die zu Reihen zusammengestellt werden könnten. Drittens würde Geschichte auf rein politökonomische Fakten reduziert. Viertens zerstückt diese Methode Geschichte und gibt ein Gesamtbild preis. Serielle Geschichtsschreibung wird vor allem von Historikern bevorzugt, die an einer problemorientierten Geschichtsforschung interessiert sind.

Schließlich darf die internationale Wirkung des französischen Historikers und Theoretikers der Geschichtswissenschaft Fernand Braudel nicht übersehen werden. Er prägte zum ersten Mal den für die moderne Geschichts- und Sozialwissenschaft wichtigen Begriff der „Strukturgeschichte“. Die „histoire structurale“ zielt im Unterschied zur „histoire événementielle“ (Ereignisgeschichte) „auf die Herausarbeitung der Geschichte der sozialen Gruppen und Institutionen oder wirtschaftlichen Konjunkturen“³³⁾.

In seinem Werk „La méditerranée et le monde méditerranéen à l'époque de Philipp II“ entwarf Braudel auf drei Ebenen die geographischen, klimatischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Strukturen dieses Lebensraumes in einer bestimmten Epoche, aus denen sich ein großartiges Gesamtbild ergibt. Die politischen „Ereignisse“ werden erst auf der dritten Ebene eingefügt und offenbar nicht so überzeugend dargestellt wie der

sie tragende strukturelle Unterbau. Denn die Kritik seiner deutschen Gegner entzündete sich gerade an diesem Teil. Zu den Strukturen einer Epoche gelangt der Historiker nach Braudel, wenn er die Zeit, die am Denken des Historikers klebt „wie die Erde am Spaten des Gärtners“³⁴⁾, gleichsam verlangsamt, wenn er die Institutionen, Herrschaftsverhältnisse, wirtschaftliche Konjunkturzyklen, Sozialordnungen in sehr lange andauernden Zeitläufen betrachtet (*la longue durée*). Die Strukturgeschichte steht zwischen der Ereignisgeschichte (*histoire événementielle*), die nur eine schnelle und oberflächliche Zeitabfolge in einer Richtung kennt, und den Produkten der Soziologen, die sich das geschichtliche „Leben wie einen Mechanismus vorstellen, dessen Bewegung man anhalten kann, um in aller Ruhe ein unbewegliches Bild davon zu präsentieren“³⁵⁾. Der Historiker soll die gesellschaftliche und historische Wirklichkeit weder extrem in der einen noch in der anderen Richtung betrachten. In der „histoire lentement rythmée“ enthüllt sich die gesamte Lebenswirklichkeit eines Kulturraumes und deren Veränderungen. In dieser Geschichte haben alle Faktoren mit Langzeitwirkung, wie z. B. das Klima, die Bodenbeschaffenheit, die Wirtschaftsstruktur usw., Platz, die auch die politische Geschichte mitbestimmen. Braudels Werk fand starke Beachtung bei den jüngeren Historikern der Bundesrepublik und förderte die Annäherung zwischen Sozial- und Geschichtswissenschaft.

Kooperation zwischen Geschichte und Sozialwissenschaft

Diese Annäherung, die auf dem Historikertag zu Marburg (1951) mit Referaten von Freyer, Landshut und Schieder begonnen hatte, nahm ihren Fortgang. Vor allem drei Historiker trieben die Kooperation voran: Otto Brunner, Werner Conze und Theodor Schieder. Brunner übernahm von Braudel den Begriff Strukturgeschichte und modifizierte ihn, Conze prägte den Begriff Sozialgeschichte, und zwar im Sinne einer Geschichte, die über eine Sektorwissenschaft Geschichte des Sozialen (Arbeiterbewegung, soziale Frage) hinausgeht und die historische Wirklichkeit und deren Veränderung vor allem auf dem Hintergrund von Kollektivphänomenen und gesellschaftlichen Strukturen erfaßt.

³³⁾ Fernand Braudel, *Histoire et sociologie*, zit. nach W. Schulze, a. a. O., S. 74.

³⁴⁾ F. Braudel, *Longue durée*, zit. nach Schulze, S. 74.

³⁵⁾ Ebenda.

Jürgen Kocka untersucht in seiner Arbeit „Sozialgeschichte — Strukturgeschichte — Gesellschaftsgeschichte“ (1975) diesen vielgebrauchten Begriff und kommt zunächst zu der Feststellung, daß es ihm an Klarheit und Präzision fehle. Als wichtigste Begriffsinhalte legt er dann folgendes fest: a) „... daß er auf alle Bereiche geschichtlicher Wirklichkeit angewandt werden kann, also auf den Bereich des Sozialen wie auf den der Politik, auf die ökonomische Entwicklung wie auf das Reich der Ideen etc.“³⁶⁾ b) Für diese Betrachtungsweise stehen die „Verhältnisse“ und „Zustände“, die überindividuellen Entwicklungen und Prozesse, weniger die einzelnen Ereignisse und Personen im Vordergrund; sie lenkt den Blick eher auf die Bedingungen, Spielräume und Möglichkeiten als auf die menschlichen Handlungen selber, sie beleuchtet eher Kollektivphänomene als Individualitäten, sie macht Wirklichkeitsbereiche und Phänomene zum Gegenstand der Forschung, die eher durch Beschreibung und Erklärung als durch hermeneutisch-individualisierendes Sinnverstehen zu erschließen sind; sie interessiert sich vor allem für die relativ dauerhaften, ‚harten‘, nur schwer veränderbaren Phänomene, für Wirklichkeitsschichten mit langsamer oder sehr langsamer Veränderungsgeschwindigkeit, nicht so sehr für Wirklichkeitsbereiche, die sich schnell ändern und Wandlungsanstößen nur geringen Widerstand entgegenstellen. c) Schließlich zielt diese Betrachtungsweise oft auf die Erfassung übergreifender Zusammenhänge, das heißt „auf den gesamtgeschichtlichen Prozeß in seinem synchronen, wohl aber auch in seinem diachronen Zusammenhang“³⁷⁾.

Theodor Schieder untersucht aufs neue die Möglichkeiten für die Anwendung des Typusbegriffs in der Geschichtsforschung und verbindet diesen mit dem Strukturbegriff. Die von ihm entwickelten drei Arten von Typenbildung sind: „1. der Strukturtypus — zur begrifflichen Erfassung sozialer und politischer Strukturen (für geschichtliche Erscheinungen in Ruhe), 2. der Verlaufstypus — zur Kennzeichnung überindividueller Ereignisfolgen, 3. der Gestalttypus — zur Herausarbeitung der überindividuellen Züge bei historischen Persönlichkeiten“³⁸⁾; sie sollen der Analyse der

historischen Wirklichkeit in dem Sinne dienen, daß sowohl die Bedeutung der übergreifenden sozialen Strukturen als auch die der Persönlichkeiten erkannt und dargestellt wird.

Hans Freyer fordert die Erfassung der gesellschaftlichen Wirklichkeit mit Hilfe historischer und soziologischer Begriffsbildung, da diese *Geschehen* und *Ordnung* zugleich sei. Sozialwissenschaften und Geschichte erscheinen so aufeinander zugeordnet und angewiesen, obwohl ihre unterschiedlichen Forschungsansätze nicht übersehen werden dürfen.

Ralf Dahrendorf hat dies treffend formuliert: „Der Versuch der soziologischen Theorie geht dahin, den Fluß der Geschichte zum Stehen zu bringen, ihr Material durch den erkennenden, ordnenden, rationalisierenden Geist der Wissenschaft in einen Strukturzusammenhang zu erheben und damit den Menschen aus der passiven Eingebundenheit in die Geschichte zu befreien. Das Dilemma der Theorie liegt in dem Problem, wie das Element der Bewegung, des Konfliktes und des Wandels auf der Ebene der analytischen Abstraktion wieder in ihre Modelle eingefügt werden kann, das heißt, wie theoretische Analyse dem wesentlich prozessualen Charakter der sozialen Realität gerecht werden kann.“³⁹⁾

Auf dem Freiburger Historikertag 1967 wurde die interdisziplinäre Diskussion fortgesetzt. Schieder sprach von der Annäherung komplexer, aber autonomer Disziplinen, Borchardt vom Konzept der „arbeitsteiligen Einheit“. Hans Mommsen forderte zunächst noch die Lösung einer Reihe von Problemen, die sich mit der Übernahme sozialwissenschaftlicher Modelle für den Historiker ergäben.

Schulze weist auf die große Offenheit hin, die seither die Diskussion zwischen beiden Gruppen bestimmt. Seitdem gäbe es eine echte Kooperation zwischen beiden Disziplinen, vor allem seit 1971 an den neugegründeten Universitäten mit „gesellschaftswissenschaftlichen“ Fachbereichen. Andererseits hatten die Geschichtswissenschaftler durch strenge Selbstreflexion ihr Selbstbewußtsein zurückgewonnen, so daß sie gegenüber den Sozialwissenschaftlern erneut die Notwendigkeit spezifisch historischer Betrachtungsweisen gegenüber bestimmten Phänomenen vergangener

³⁶⁾ Jürgen Kocka, Sozialgeschichte — Strukturgeschichte — Gesellschaftsgeschichte, in: Archiv für Sozialgeschichte, XV. Bd., 1975, S. 20.

³⁷⁾ Ebenda.

³⁸⁾ Theodor Schieder, Der Typus in der Geschichtswissenschaft, zit. nach W. Schulze, a. a. O., S. 103.

³⁹⁾ Ralf Dahrendorf, Pfade aus Utopia. Arbeiten zur Theorie und Methode der Soziologie, München 1967, S. 238.

Epochen betonten. Es wurden u. a. gefordert: Erstens die Beachtung der Singularität von Erscheinungen, zweitens die Beachtung der nicht restlosen Reduzierbarkeit personeller Entscheidungen auf gesellschaftliche Strukturen, drittens die Beachtung der Resultate vergleichender quellenkritischer Forschung, die ein Eliminieren von Fakten um einer Systembildung willen nicht zulassen darf. Ferner wird gefordert, daß politische Phänomene fremder Epochen mit Hilfe historischer Theorien zu erfassen und nicht mit solchen, die allzu stark von der Gegenwart her gedacht sind.

Christian Meyer macht das Letztere am Beispiel der römischen Republik klar, in der System, Funktion, Wirken und Bedeutung der Parteien nicht von den modernen Parteien her verstanden werden können, sondern einer besonderen historischen Parteientheorie bedürfen.

In diesem Zusammenhang mag das Urteil des marxistischen englischen Historikers Eric J. Hobsbawm über die Arbeitsweise von Historikern und Sozialwissenschaftlern von Interesse sein. Hobsbawm, der daran erinnert, daß Marx nicht nur auf die Feststellung der Existenz gesellschaftlicher Strukturen, sondern auch auf diejenige der inneren Dynamik ihrer Veränderungen Wert gelegt habe, tadelt die oft äußerst mechanische Arbeitsweise vieler Sozialwissenschaftler besonders in den Vereinigten Staaten. Im Theoretischen arbeiteten sie mit zu vereinfachten Methoden; sie führten den Prozeß der Geschichte auf einen einzigen Wechsel von der „traditionellen“ zur „modernen“ bzw. „industriellen“ Gesellschaft zurück. Ihre „Modelle lassen das meiste weg, damit man sich auf eine kleine, wenn auch zugegebenerweise lebenswichtige Zeitspanne konzentrieren kann, und vereinfachen und vergrößern dabei selbst in dieser kleinen Zeitspanne die Mechanismen historischer Veränderungen übermäßig“⁴⁰⁾. Ferner wirft er den funktionalen und strukturalen Theorien, die Historizität überhaupt leugnen oder „sie in etwas anderes umwandeln“⁴¹⁾, Unfruchtbarkeit vor. Die grundlegende Frage der Geschichtswissenschaft beziehe sich auf den Entwicklungsprozeß der Menschheit, sie müsse nach den Mechanismen der Transformation von einer Gesellschaftsform in eine andere fragen. Die meisten funktional-strukturalen Analysen beschränkten sich aber auf einen statischen Zu-

stand der Gesellschaft. Schließlich wendet sich Hobsbawm gegen diejenige Gruppe der vulgärmarxistischen Sozialwissenschaftler, die zwar in ihre Theorien Elemente der Erklärung für eine Veränderung der gesellschaftlichen Systeme einbauen, die aber der Meinung sind, daß alle Veränderung einem *bestimmten* Modell von Gesellschaftssystem zustrebe.

M. Rainer Lepsius forderte 1968 in seinem Diskussionsbeitrag zu einer Tagung des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, daß die Geschichtswissenschaft eine Art Kontrollfunktion ausüben müsse gegenüber soziologischen Theorien, in denen der häufige Gebrauch von Typenbegriffen wie „Ständegesellschaft und Klassengesellschaft, Feudalismus und Kapitalismus... heute zu inhaltsleeren, sich jeder historischen Konkretisierung entziehenden Epochebegriffen verfestigt und in soziologischen Darstellungen in unerträglicher Bedeutungsverschommenheit auftreten“⁴²⁾. „Soziologisch informierte Geschichtsforschung... hätte eine wichtige Aufgabe für den soziologischen Erkenntnisfortschritt zu übernehmen: durch den Aufweis der Aussagegrenzen soziologischer Theorien in komplexen Erklärungssituationen, durch den Nachweis unangemessener Kontextinterpretationen durch Soziologen, durch die Konfrontation deduzierter Typologien mit der empirischen Wirklichkeit, durch die Destruktion systematischer Klassifikationen, die den ästhetischen Bedürfnissen von Soziologen oft mehr entsprächen, als sie der Erfassung von historischen Konstellationen dienen.“⁴³⁾

Die Frage nach einer Kooperation beider Disziplinen wird heute grundsätzlich mit ja beantwortet. Darüber hinaus stellt sich die Frage nach der Funktion der Geschichtsforschung für die Gesellschaft und nach ihrem Sinn. Die Gesellschaft in der Bundesrepublik, so Lepsius, gestehe der Geschichtswissenschaft eine dominante Rolle bei der Deutung der jüngsten Vergangenheit zu. Das Interesse der Öffentlichkeit an historischen Arbeiten über den Nationalsozialismus und die Weimarer Republik hat tatsächlich in jüngster Zeit stark zugenommen. Lepsius sieht allerdings ein Nachlassen des Interesses voraus, wenn diese Epoche an Aktualität verloren haben wird und die deutsche Geschichtswissenschaft sich nicht auch der Analyse von über Mitteleuropa hinausgehenden historischen Entwicklungen

⁴⁰⁾ E. J. Hobsbawm, Karl Marx' Beitrag zur Geschichtsschreibung, in: Seminar: Geschichte und Theorie, S. 149.

⁴¹⁾ Ebenda.

⁴²⁾ M. Rainer Lepsius, Zum Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Soziologie, in: Seminar: Geschichte und Theorie, S. 136.

⁴³⁾ Ebenda.

annehmen wird. Gegenwärtig weckten gesellschaftsbezogene Forschung und Erkenntnisse zwar ein vorrangiges Interesse, besonders im Hinblick auf Umgestaltungsaufgaben, der historische Vergleich mit anderen gesellschaftlichen Verhältnissen aber sei wichtig, um ideologisch verengte Konstrukte und Projekte zu vermeiden. Der Zeitraum für eine vergleichende Geschichtswissenschaft könne nicht groß genug sein. „Der Wert der Geschichte liegt ja auch gerade darin, alternative gesellschaftliche, politische, ökonomische und kulturelle Organisationsformen menschlichen Daseins exemplarisch vorzuführen und damit eine Erweiterung der Bezugssysteme für die Wahrnehmung und Beurteilung der Gegenwart zu bewirken.“⁴⁴⁾

Gedanken über Sinn und Bedeutung der Geschichte

Die Frage nach dem *Sinn der Geschichte* in der Bedeutung einer in der Weltgeschichte selbst verborgenen transzendenten Steuerung der Ereignisse auf ein Ziel hin, wie er noch für *Hegel* oder *Toynbee* vorhanden war, wird von den modernen Historikern mit „nein“ beantwortet. So heißt es kurz und klar in Karl Poppers Aufsatz auf die Frage: „Hat die Weltgeschichte einen Sinn?“ „Die Weltgeschichte hat keinen Sinn.“⁴⁵⁾ Sinn kann für Popper nur als Aufgabe für den Menschen verstanden werden, Vernünftigkeit in die Welt einzuführen. Eine Hilfe dazu kann die kritische Beschäftigung mit der Vergangenheit geben, die jede Generation neu interpretieren müsse. Denn „wir möchten wissen, in welcher Beziehung unsere Schwierigkeiten zur Vergangenheit stehen, wir möchten den Weg sehen, auf dem wir zur Lösung der von uns erfüllten und erwählten Hauptaufgaben fortschreiten können“⁴⁶⁾. Die Erkenntnis der Verbindung von geschichtlicher Gegenwart mit der Vergangenheit einerseits und der Zukunft andererseits und der Wunsch, Gegenwärtiges zu verändern, drängt zur Erforschung des Vergangenen, wenn auch, wie Koselleck es formuliert, „keine unmittelbare Handlungsanweisungen für morgen“⁴⁷⁾ von der Geschichtswissenschaft geliefert werden können.

⁴⁴⁾ Ebenda, S. 137.

⁴⁵⁾ Karl Popper, Hat die Weltgeschichte einen Sinn?, in: Seminar: Geschichte und Theorie, S. 317.

⁴⁶⁾ Ebenda, S. 316.

⁴⁷⁾ Reinhart Koselleck, Wozu noch Historie?, in: Geschichte und Theorie, S. 28.

Jürgen Kocka hat 1977 in einem Diskussionsbeitrag zum Thema „Gesellschaftliche Funktionen der Geschichtswissenschaft“ sieben Punkte genannt, die Sinn und Bedeutung historischer Forschung für die Gesellschaft aufzeigen. Kurz zusammengefaßt lauten die Aufgaben:

1. Historische Erkenntnis ist „unabdingbar für das Verständnis, die Erklärung und damit für die richtige praktische Behandlung einzelner Gegenwartsphänomene, indem sie deren (historische) Ursachen und Entwicklungen aufdeckt“⁴⁸⁾.
2. Sie ist Vermittlerin modellhafter Kategorien und Einsichten aus entfernteren (wenn auch nicht allzu entfernten) Gegenstandsbereichen, mit denen gegenwärtige Phänomene nicht kausal verbunden sein müssen, deren Prozesse aber „aus gewisser Distanz besser begriffen und demonstriert werden können und damit gegenwärtige eher verständlich machen“⁴⁹⁾.
3. Es wird zunächst auf die bedeutende Rolle der „historischen Erinnerung“ in vielen Staaten hingewiesen (200-Jahrfeier in den Vereinigten Staaten, Pflege der präkolumbianischen Traditionen in Mexiko). Die „historische Erinnerung“ aber werde oft zu politischen Zwecken erst geweckt oder wachgehalten oder in eine bestimmte Richtung gelenkt, wobei „mit der historischen Wahrheit nicht gerade zimperlich umgegangen“ werde⁵⁰⁾. Hier müsse die rationale, mit wissenschaftlichen Methoden arbeitende Historie eine Kontrollfunktion übernehmen.
4. Historische Erfahrung sehr weit entfernter fremder Kulturen vermehre das Wissen um die Vielfalt menschlicher Existenzformen und bewirke im Vergleich zu den gegenwärtigen ein Bewußtsein von Alternativen, das Anstöße geben könne zu einer Prüfung unserer eigenen sozialen und politischen Wirklichkeit im Hinblick auf andere Möglichkeiten.
5. Als Folgerung des in Punkt 4 Gesagten wird trotz einer Akzentuierung der neuen und neuesten Geschichte ein möglichst breites historisches Bewußtsein postuliert.
6. Die Bedeutung der Geschichtswissenschaft wird als notwendiges Korrektiv zu den gene-

⁴⁸⁾ Jürgen Kocka, Gesellschaftliche Funktion der Geschichtswissenschaft, in: W. Oelmüller (Hrsg.), Wozu noch Geschichte? Kritische Information 53, München 1977, S. 24.

⁴⁹⁾ Ebenda, S. 25.

⁵⁰⁾ Ebenda, S. 26.

ralisierenden und systematisierenden Sozialwissenschaften gesehen, wie dies bei einer Reihe anderer moderner Historiker der Fall ist. Sie erziehe besser als die Sozialwissenschaften zu konkretem Denken. Die differenzierte historische Analyse des Einzelfalles verhindere die „Neigung, die Wirklichkeit lediglich unter Prinzipien und Totalentwürfen zu begreifen“⁵¹⁾. Hier wäre auch *I. Berlin* zu nennen, der am Beispiel der Französischen Revolution den Unterschied zwischen soziologischer und historischer Erklärungs- und Darstellungsweise aufweist.

7. Zu diesen sechs Funktionen der Geschichtswissenschaft für die Gesellschaft, die alle auf die *Verwertbarkeit* von historischen Erkenntnissen hinauslaufen — als direkte oder indirekte Hilfe bei der Erklärung politischer oder gesellschaftlicher Wirklichkeiten der Gegenwart und als Hilfe zur Findung von Möglichkeiten und Wegen bei erkannter Notwendigkeit einer Veränderung —, fügt Kocka als weitere die zweckfreie Beschäftigung mit Historie als Vergnügen bereitende Freizeitbeschäftigung an. (Sicherlich eine Funktion, bei der der Rahmen der Wissenschaftlichkeit nicht unbedingt gewahrt bleibt.) Kocka verzichtet darauf, der Geschichte die Funktion von Identitätsfindung zuzuschreiben, da für ihn dieser Begriff nicht klar genug definiert sei. Identitätsherstellung werde oft versucht mit Hilfe von vorwissenschaftlichen Traditionen.

Für *Jörn Rüsen* dagegen ist Geschichtswissenschaft „eine institutionalisierte Erinnerungsleistung“, die für eine zukunftsfähige Selbstidentifizierung der sie tragenden Gesellschaft notwendig ist. Allerdings muß diese „durch Geschichtswissenschaft erbrachte Erinnerung vernünftig“ sein⁵²⁾. Dazu bedarf es einer ständigen intensiven Selbstreflexion der Geschichtswissenschaft. Die systematische Selbstreflexion der Geschichtswissenschaft wiederum ist Aufgabe der „Historik“, der die Aufgabe zufällt, ständig die Grundlagen der Geschichtswissenschaft zu überprüfen und der Frage nachzugehen, ob und wieweit gesellschaftliche Veränderungen auch die Grundlagen der Wissenschaft mit verändern und ob die gewandelten Grundlagen nicht auch Erkenntnisfortschritte im Sinne der Geschichtswissenschaft gebracht haben.

Der Prozeß der Selbstreflexion der Geschichtswissenschaft hat den Methodenstreit

weitgehend geklärt. Fest steht, daß zur Wahrheitsfindung in der Erforschung der Probleme der menschlichen Gesellschaft und ihrer Entwicklung in der Zeit die Methoden beider Disziplinen angewandt werden müssen: die der Sozialwissenschaften mit ihrem auf die Findung allgemeiner Gesetze ausgerichteten Erkenntnisziel und diejenigen einer Geschichtsschreibung, die auf die Herausarbeitung der individuellen Besonderheiten der Erscheinungen unserer menschlichen Lebenswirklichkeit in den verschiedenen Zeiten angelegt ist. Ernst Topitsch formulierte 1956 die gegenwärtige Abhängigkeit der beiden Disziplinen so: „Geschichte ohne Soziologie ist blind. Soziologie ohne Geschichte ist leer.“⁵³⁾ H. U. Wehler fordert in der Einleitung zu „Moderne deutsche Sozialgeschichte“ ständige kritische Selbstreflexe nicht nur für die Historiker im engeren Sinne, sondern auch für die Sozialwissenschaftler, die Sozialgeschichte treiben, damit nicht an Stelle „der obrigkeitgläubigen, staatsfrommen Geschichtsschreibung“ der Vergangenheit der „ebenso bedrohliche Irrweg einer unkritisch historisch vorgehenden Sozialgeschichte“ trete.

Damit ist schon gesagt, was das „Fach Geschichte“ nicht sein darf. Um der Wahrheitsfindung willen darf es keine anderen als wissenschaftlichen Antriebe für historische Forschung und Lehre geben. Das „Fach Geschichte“ darf weder dem Zweck einer politischen Erziehung zu nationalistischer Gesinnung dienen, noch darf es helfen, den Boden für die Bildung neuer Ideologien zu bereiten. Der Lehrende muß dem Lernenden die Resultate seiner Forschung mit aller Offenheit und Entschiedenheit ohne Beschönigung oder Weglassung einzelner Fakten darlegen.

Oft werden in der Beschäftigung mit Geschichte Entscheidungshilfen für die Gegenwart und Zukunft gesucht. Das kann natürlich nicht heißen, daß man in der Geschichte konkrete Handlungsanweisungen für bestimmte Situationen finden kann. In dem Gespräch, das Bundeskanzler Helmut Schmidt auf der diesjährigen Berliner Funkausstellung mit Bürgern führte, äußerte eine junge Gesprächsteilnehmerin für ihre Generation die Befürchtung, in der Zukunft möglicherweise ebenso wie ihre Eltern politische Fehlentscheidungen treffen zu können. Die Antwort konnte sinngemäß nur lauten, daß eine historische Aufar-

⁵¹⁾ Ebenda, S. 29.

⁵²⁾ Jörn Rüsen, Ursprung und Aufgabe der Historik, in: Seminar: Geschichte und Theorie, S. 87.

⁵³⁾ Ernst Topitsch, Geschichtswissenschaft und Soziologie, hier zit. nach W. Schulze, a. a. O., S. 12.

beitung der Geschichte lediglich zu der Erkenntnis führen kann, wie man es *nicht* machen darf. Praktische Einzelvorschriften sind nicht zu gewinnen, aber nur eine durch historische und gesellschaftliche Kenntnisse geschärfte historische Vernunft vermag frei von geistigen Zwängen sinnvolle Entscheidungen in jeweils neuen Situationen zu fällen.

Beschäftigung mit Geschichte sollte aber auch nicht nur auf die jüngste deutsche Zeitgeschichte: Weimarer Republik, Nationalsozialismus, Zweiter Weltkrieg — so notwendig dies ist — beschränkt bleiben. M. Rainer Lepsius fordert eine Erweiterung der „Objektauswahl der historischen Forschung“ über die mitteleuropäischen Entwicklungen hinaus, z. B. die Erforschung der Unterschiede in den westlichen und östlichen Gesellschaften und der „Dritten Welt“. Erst eine solche komparative

Analyse der gesellschaftlichen, politischen und historischen Gegebenheiten werde die Bedeutsamkeit der Geschichtswissenschaft erhöhen. Der Verfasser fügt hinzu: wahrscheinlich auch das Interesse der jungen Generation.

Der ehemalige Bundespräsident Walter Scheel und sein Nachfolger Karl Carstens haben beide auf die Notwendigkeit für das deutsche Volk hingewiesen, sich wieder einer intensiven Beschäftigung mit der Geschichte zuzuwenden, sicherlich um der Selbsterkenntnis und Selbstfindung, aber auch um des Verständnisses für andere Völker und Gruppen der menschlichen Gesellschaft willen. Das Studium der Geschichte kann das Bewußtsein wecken von den Möglichkeiten des Zusammenlebens, der Konfliktvermeidung, der Hilfeleistung zur Gestaltung von lebenswertem Leben in der gesamten Völkergemeinschaft.

Die Wiederentdeckung der Gewerkschaftsgeschichte

Ein aktueller Streit und seine historischen Hintergründe

Als Helmut Kohl im Herbst 1978 das einprägsame (wenn auch mißverständliche) Wort von den „geschichtslosen Gesellen“ wie einen „Bannstrahl“ gegen die Arbeiterbewegung „schleuderte“¹⁾, hatte Helmut Schmidt gerade seinen Vortrag über „Auftrag und Verpflichtung der Geschichte“²⁾ vor dem 32. Deutschen Historikertag in Hamburg gehalten. Auch er beklagte Defizite historischen Bewußtseins in Deutschland. Freilich wies seine Kritik in eine andere Richtung: „Es war eine bedenkliche und übrigens politisch folgenschwere Fehlentwicklung, daß die deutsche Geschichtswissenschaft, wie mir scheint, seit der Mitte des 19. Jahrhunderts sich in zunehmenden Maße nicht-angepaßten Minderheiten verschlossen, andersdenkende Köpfe, wenn möglich, von den Lehrstühlen ferngehalten hat. Und Sie werden es einem sozialdemokratischen Bundeskanzler nicht verübeln, wenn er an die Eingeschränktheit der Laufbahnchancen erinnert, welche etwa die Gegner des Bismarckschen Staates, wie Sozialdemokraten, Linksliberale, aber auch Zentrums Katholiken, in Deutschland über lange Strecken zu erleiden hatten.“³⁾

Die Frage der Geschichtslosigkeit und das Bedürfnis der Gewerkschaften

Die Geschichtslosigkeit ungebildeter Proletariatsmassen und die sozialhistorische Ignoranz der lange vorherrschenden Geschichtswissenschaft in Deutschland sind zwei Seiten desselben, von Klassenschranken geprägten Phänomens. Stärker noch als die Arbeiterpartei war davon die Gewerkschaftsbewegung betroffen, freilich nicht in dem Sinne, daß die „vaterlandslosen Gesellen“ der ersten Arbeiterasso-

ziationen kein Geschichtsbewußtsein besessen hätten, sondern dergestalt, daß ihre Rolle im historischen Prozeß nicht als geschichtswürdig im Sinne jener „erhabenen“ historischen Subjekte anerkannt und bearbeitet wurde.

Erst unter dem Vorsitz Heinz Oskar Vettters ist es seit 1974 zu einem von Jahr zu Jahr intensiver werdenden historischen Dialog zwischen Gewerkschaften und Geschichtswissenschaftlern gekommen. Am Anfang stand die Erarbeitung der Böckler-Festschrift durch Gerhard Ritter, Klaus Tenfelde, Hans-Josef Steinberg, Henryk Skrzypczak, Gerald D. Feldman, Hans Mommsen, Lutz Niethammer u. a., wobei Absolventen der Universität Bochum eine wichtige Mittlerrolle zukam⁴⁾. Die jahrelangen, unermüdlichen Anstrengungen von Ulrich Borsdorf und Hans O. Hemmer sind hier an erster Stelle zu nennen.

Die neue Tendenz war nicht zuletzt Ausdruck der Hochschulreform und der von den Gewerkschaften an sie geknüpften Erwartungen. Im Juni 1977 sagte der DGB-Vorsitzende zur 450-Jahrfeier der Universität Marburg: „Die Arbeitnehmer, auf deren Arbeit der Reichtum dieser Gesellschaft beruht und die damit auch die Hochschuletats mitfinanzieren, haben ein Recht darauf, daß ihre Probleme, ihre Interessen und ihre Gestaltungsmöglichkeiten Eingang in Forschung, Ausbildung und Weiterbildung finden. Dieser Anspruch muß *Geschichte* machen, d. h. er muß in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen unserer Tage durchgesetzt werden, und deshalb wird er hier angemeldet.“⁵⁾ Deutlicher konnte die Subjekt-

¹⁾ Gunter Hofmann, „Geschichtslose Gesellen“, in: DIE ZEIT, 3. November 1978, S. 8. Die Äußerung Kohls fiel auf dem Parteitag der CDU am 25. Oktober 1978.

²⁾ Helmut Schmidt, Auftrag und Verpflichtung der Geschichte. Ansprache des Bundeskanzlers auf dem 32. Deutschen Historikertag in Hamburg, in: Bulletin, Nr. 114/S. 1065, Bonn, den 10. Oktober 1978.

³⁾ Ebd., S. 1068.

⁴⁾ Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler, hrsg. v. Heinz Oskar Vetter, Redaktion Ulrich Borsdorf, Hans O. Hemmer.

⁵⁾ Rede des DGB-Vorsitzenden Heinz O. Vetter zur 450-Jahr-Feier der Universität Marburg am 29. Juni 1977, Thema: Was erwarten die Gewerkschaften von den Hochschulen, S. 2 des hektographierten Manuskripts.

Rolle der Gewerkschaften in diesem Prozeß kaum ausgesprochen werden.

Als Vetter fast ein Jahr darauf in Hamburg vor dem DGB-Bundeskongreß sprach, erwähnte er zur Überraschung mancher Delegierter die Mitarbeit von „namhaften Historikern“ im Hans-Böckler-Kreis, die „einen Kongreß über die Geschichte der Gewerkschaften“ vorbereiteten, und zwar „als Antwort auf die geschichtsverfälschenden und jugendverderbenden Tendenzen in unserer Gesellschaft“⁶⁾. Inzwischen hat der DGB-Vorsitzende das Verhältnis von „Geschichte und Gewerkschaften“ vor der Historischen Kommission zu Berlin weiter ausgeführt: „Es liegt mir fern, hier eine Defizitliste aufzumachen oder versäumte wissenschaftliche Forschung und Darstellung einzuklagen. Aber ich würde es sehr begrüßen, wenn sich die Geschichtswissenschaft noch stärker als bisher den Gewerkschaften zuwenden würde. Dabei kommt es mir nicht — und hier stimme ich dem, was der Bundeskanzler beim 32. Deutschen Historikertag in Hamburg gesagt hat, ausdrücklich zu — auf ein ‚verbindliches Geschichtsbild‘ an. Es mag eine schöne Vorstellung für alle diejenigen sein, denen Geschichte nur zur Indoktrination oder Legitimation taugt. Wir aber wollen — so wie es schon Bringmann formulierte⁷⁾ — lernen: aus Fehlern, Fehleinschätzungen, falschen Entscheidungen ebenso wie aus Siegen und Erfolgen;

⁶⁾ Tagesprotokoll vom 4. Kongreßtag, Mittwoch, den 24. Mai 1978, S. 143.

⁷⁾ Vetter hatte zuvor aus August Bringmanns Geschichte der Zimmererbewegung die folgenden Sätze zitiert: „Die Eigenart aller Verhältnisse und Zustände, in denen wir leben und wirken, und mit denen wir uns auseinanderzusetzen haben, läßt sich nur erkennen, wenn wir ihr Entstehen, ihr Werden verfolgen. Weiß man aber die Gründe, aus denen irgend etwas — z. B. eine Betriebsreform, ein Gesetz, eine Organisationsreform, eine Kampfaktik und dergleichen — so geworden ist, dann wird man damit auch in der Regel schon erfahren haben, unter welchen Bedingungen es sich ändern wird oder geändert werden muß. Denn dadurch unterscheiden wir uns von den autoritätsgläubigen Benutzern der Geschichte, daß wir nicht wie sie die Notwendigkeit der Erhaltung des Bestehenden aus der Tatsache und aus der Dauer seines Bestandes erweisen wollen, sondern daß wir im Gegenteil aus der Geschichte die Bedingungen der Umwandlung zu erfahren trachten. Für uns bietet die Geschichte keine fertigen Lehren, vielmehr ist sie uns ein hervorragendes Hilfsmittel, unsere Urteile zu klären und dadurch indirekt unsere Ziele zu fördern. Daß uns dabei nichts ferner liegt als ein tendenziöser Mißbrauch der Geschichte, sei ausdrücklich festgestellt; auch mit den unbequemen Ereignissen wissen wir fertig zu werden. Sie sind uns als Lehre ebenso nützlich wie unsere Erfolge.“ August Bringmann, Geschichte der deutschen Zimmerer-Bewegung, 1. Bd., Hamburg 1903, Vorwort, S. VIII.

aber auch aus unterschiedlichen Ergebnissen verschiedener Forschungsansätze.“⁸⁾

Diese pragmatische, auf anwendbare Lehren aus der Geschichte gerichtete Einstellung zur Geschichtswissenschaft⁹⁾ kommt auch in dem Generalthema der für Oktober 1979 in München anberaumten Geschichtskonferenz zum Ausdruck: „Aus der Geschichte lernen — die Zukunft gestalten“. Welch hoher Rang dabei der Geschichtswissenschaft zugemessen wird, erhellt aus der Tatsache, daß die zum 30. Jahrestag der Gründung des DGB fällige Jubiläumsveranstaltung durch eine wissenschaftliche Konferenz bestritten wird, bei der nicht die Festreden, sondern der Vortrag führender Geschichtswissenschaftler und Politologen, also der kritische Dialog, im Mittelpunkt steht. Nicht zufällig trifft diese Bestandsaufnahme und historische Bilanz mit der Diskussion über das neue Grundsatzprogramm des DGB zusammen, dient also auch seiner wissenschaftlichen Fundierung.

Wer die jüngste Hinwendung des Gewerkschaftsbundes zur Geschichte betrachtet, der mag darin eine späte Anwendung der Marx'schen Erkenntnis sehen: „Wir kennen nur eine einzige Wissenschaft, die Wissenschaft der Geschichte.“¹⁰⁾ Wer freilich die Hintergründe sieht, wird hier mitnichten eine neomarxistische Wendung entdecken. Die autonome Beschäftigung der Gewerkschaften mit ihrer eigenen Geschichte ist älter und vielschichtiger als häufig vermutet wird.

Pragmatisches Geschichtsverständnis

Das gewerkschaftseigene Geschichtsbild — sofern es sich überhaupt definieren läßt — erscheint immer wieder durch Jubiläumsdaten und Jahresfeiern aus Anlaß der kalendari-schen Wiederkehr herausragender Ereignisse gekennzeichnet. Gleichwohl erschöpft sich dieses Geschichtsbild nicht im Begängnis solch feierlicher Anlässe. Im Gegenteil: Das Jubiläum setzt ein Datum, um über die regel-

⁸⁾ Heinz Oskar Vetter, Geschichte und Gewerkschaften, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz (IWK) zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, H. 2/1979, S. 253—259, hier S. 256.

⁹⁾ Zu diesem Begriff siehe Johann Gustav Droysen, Historik. Vorlesungen über Enzyklopädie und Methodologie der Geschichte, München 1967⁵, S. 156 u. a.

¹⁰⁾ Zitiert nach Imanuel Geiss, Zwischen Marx und Stalin. Kritische Anmerkungen zur marxistischen Periodisierung der Weltgeschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41/74, S. 3.

mäßigen Geschäftsberichte hinaus historische Rechenschaft abzulegen. Geschichte wird dabei im Sinne Johan Huizingas als „Rechenschaft einer Kultur über ihre Vergangenheit“ verstanden¹¹⁾. Die einschlägigen Daten der 10-, 25-, 50-, 75- und 100jährigen Wiederkehr von Gründungsdaten sind legitimer Anlaß, um allgemeine Bilanz zu ziehen: Was wurde erstrebt? Was haben wir erreicht? Was wurde versäumt? Was bleibt zu tun? Welche neuen Ziele sollen angesteuert werden?

Im Widerspruch zu anderen Historikern sei hier nach vielfältigen Erfahrungen bei Schülern, Diskussionen und Kongressen betont, daß in den Gewerkschaften wenig antiquarisches Interesse an Geschichte vorhanden ist — jedenfalls solange „antiquarisch“ im Sinne Friedrich Nietzsches als Neigung zum „Gewöhnten und Altverehrten“ definiert wird¹²⁾. Hier mag u. a. die Ursache für jene vermeintliche „Geschichtslosigkeit“ zu suchen sein¹³⁾. Das historische Interesse von Gewerkschaftern zeigt hingegen immer wieder futuristische Züge: Schon Wilhelm Liebknecht, der Mitbegründer der freien Gewerkschaftsbewegung, rief seinen Mitstreitern zu: „Die Zukunft gehört uns!“¹⁴⁾ In der Stunde „Null“ des Jahres 1945 schrieben emigrierte Gewerkschafter aus der Schweiz ihren überlebenden Kollegen in Deutschland: „Die alte Welt ist tot. Die Zukunft ist mit denen, die dieser alten Welt resolut den Rücken kehren, die mit Mut und schöpferischer Phantasie, mit Verständnis und festem Willen die neue Welt bauen.“¹⁵⁾ Im Übergang zu den siebziger Jahren meinte Heinz Oskar Vetter: „Die Zukunft bringt neue Aufgaben. Wirtschaftlicher und technischer Wandel werden das Gesicht unserer Gesellschaft verändern. Zwänge und Abhängigkei-

ten werden nicht abnehmen — im Gegenteil. Rolle und Bedeutung der Gewerkschaften werden wachsen. Darauf müssen wir uns vorbereiten.“¹⁶⁾

Die historischen Bedürfnisse der Gewerkschaften richten sich keineswegs aus irgendeiner sozialromantischen Einstellung heraus auf die ‚gute alte Zeit‘, sondern verlangen die geschichtsbewußte Gestaltung zukünftiger Verhältnisse. Insofern sind sie tatsächlich pragmatisch im Sinne Gustav Droysens zu nennen, und zwar bis in didaktische Konsequenzen hinein, bis hin zu dem erhabenen Gedanken der „Erziehung des Menschengeschlechts“¹⁷⁾. Dahinter steht die historisch begründete Vermutung, daß die eigentliche Gestaltungsaufgabe der Gewerkschaften nicht in der Vergangenheit lag, sondern erst heute zum Tragen kommt und in der Zukunft ihr größeres Potential entfalten wird. In der tagespolitischen Verkürzung folgt daraus das Bedürfnis nach handfesten „Lehren“, die sich aus der Geschichte ableiten und direkt auf die „Entscheidungen für morgen“¹⁸⁾ anwenden lassen.

Der problembewußte Fachhistoriker mag dieses bisweilen naiv vorgetragene Bedürfnis tadeln und unter Berufung auf die Geschichtsphilosophie antworten, die einzige Lehre aus der Geschichte sei, daß aus ihr keine direkten Lehren abzuleiten wären. Hans Mommsen hat dazu differenzierter gemeint: „Es wäre ein müßiges Beginnen, wenn sich Regierungen, Parlamente, politische Parteien, Arbeitgeberverbände oder Gewerkschaften historische Experten halten wollten, deren Aufgabe darin bestünde, das Vergangene zu registrieren und zu analysieren und gleichsam nach Art des Kanzleibeamten Aktenvorgänge zur Vorbereitung aktueller Entscheidungsprozesse aufzuarbeiten. Lehren aus der Geschichte sind nicht abrufbar; sie können nicht im Computer ge-

¹¹⁾ Zitiert nach Waldemar Besson, *Das Fischer Lexikon Geschichte*, Frankfurt 1961, S. 81. Vgl. den Vorsitzenden der IG Druck und Papier, Heinrich Bruns, in seinem Geleitwort zu: Gerhard Beier, *Schwarze Kunst und Klassenkampf*, Bd. 1, Vom Geheimbund zum königlich-preußischen Gewerkverein, Frankfurt am Main 1966, S. 7.

¹²⁾ Friedrich Nietzsche, *Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben*, Teil 2, diverse Ausgaben.

¹³⁾ Der Vorwurf der „Geschichtslosigkeit“ kommt nicht nur von rechts. Siehe dazu: Manfred Wilke, *Die Geschichtslosigkeit der SPD. Nachtrag zu Heinrich Bölls „Es kann einem bange werden“*, in: L 76, Nr. 5/1977, S. 182—188.

¹⁴⁾ Wilhelm Liebknecht, *Wissen ist Macht — Macht ist Wissen und andere bildungspolitisch-pädagogische Äußerungen*, Berlin 1968, S. 93.

¹⁵⁾ Union deutscher Sozialisten und Gewerkschafter in der Schweiz, *Vorwärts zur Gewerkschaftseinheit*, Zürich (1945), S. 2.

¹⁶⁾ Heinz Oskar Vetter, Referat auf dem Satzungskongreß des DGB, in: Protokoll, 3. Außerordentlicher Bundeskongreß Düsseldorf, 14. bis 15. Mai 1971, Tagesordnungspunkt 4, S. 15—39, hier S. 39.

¹⁷⁾ J. G. Droysen, *Historik ...*, S. 299ff., hier S. 305.

¹⁸⁾ So der Titel von Ludwig Rosenberg, *Entscheidungen für morgen — Gewerkschaftspolitik heute*, Düsseldorf 1969. Der Titel spricht eine weitverbreitete Haltung an, ohne daß Rosenberg für das damit verknüpfte Geschichtsverständnis heranzuziehen wäre, im Gegenteil. Seine Schrift schließt mit dem Appell: „den moralischen und menschlichen Grundsätzen treu zu bleiben, die an ihrer Wiege standen und sie bis heute geleitet haben: der Freiheit, der Menschenwürde, der Gerechtigkeit und der Selbstbestimmung des Menschen hier und überall“, S. 303.

speichert werden. Voraussetzung dafür, daß die geschichtliche Erfahrung im weitesten Sinne in den politischen Entscheidungsprozeß korrigierend einfließt und nicht indirekt auf dem Wege historisch-politischer Vorurteile irrationalen Handelns Vorschub leistet, ist die Pflege und die Erhaltung des Bewußtseins der historischen Identität, ob es sich dabei um Individuen, soziale Gruppen oder Völker handelt. Denn erst auf diesem Hintergrund können historische Einsichten Legitimität beanspruchen und werden sie umgekehrt erst rational überprüfbar.¹⁹⁾ Was Mommsen dabei nicht anspricht, was aber in dem weiter unten zu entwickelnden Zusammenhang relevant wird, ist die Frage, ob eine Geschichtsschreibung, die offensichtlich auf die Zerstörung oder Umfunktionierung des Bewußtseins historischer Identität hinausläuft, in diesem Sinne zu verwerfen wäre.

Dasselbe gilt für Mommsens Meinung, „daß sogenannte Lehren aus der Geschichte, die sich bloß auf punktuelle Analogien zur Gegenwart stützen, eher zur Verformung der aus der historischen Betrachtung gewonnenen Einsichten beitragen als zu deren Vertiefung“. Mommsen bezieht sich insbesondere auf den Fall, daß „der Geschichte konkrete Handlungsanweisungen für die Gegenwart entnommen werden“²⁰⁾. Auch hier ist zu fragen, was von einer Geschichtsschreibung zu halten sei, die sich dieser Einsicht entzieht und bedenkenlos zur Formulierung von Handlungsanweisungen schreitet.

Gewiß läßt sich konstatieren, daß keine feststehenden Lehrsätze als gültige, handlungsbezogene historische Erkenntnis für alle Zeiten unumstößlich formuliert werden können. Eine solche Auffassung wäre nicht *pragmatisch*, sondern *dogmatisch*. Wo aber ein starkes gesellschaftliches Bedürfnis nach Artikulation von Lehren aus der Geschichte an die Geschichtswissenschaft herangetragen wird, darf sie sich der Auseinandersetzung mit diesem Bedürfnis nicht durch die arrogante Verweigerung von Antworten entziehen. Vor allem darf sie sich nicht beklagen, wenn das vorhandene Verlangen von anderer Seite auf dogmatische oder naive Weise befriedigt wird und die Entwicklung historischen Bewußtseins in breiten Kreisen der Bevölkerung an der etablierten Wissenschaft gleichgültig vorbeigeht.

¹⁹⁾ Hans Mommsen, Gegenwartshandeln und geschichtliche Erfahrung, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, H. 7/1975, S. 393—398, hier S. 395.

²⁰⁾ Ebd., S. 394.

Gewerkschaftseigene Historiographie seit 1848

Wie bereits angedeutet, ist die historische Selbstreflexion der Gewerkschaften älter, kompetenter und vielversprechender als allgemein vermutet wird, ja sie reicht weiter zurück als die anerkannten Anfänge der Organisationsgeschichte erwarten lassen. Bereits die ersten gewerkschaftlichen Anfänge der 1848er Bewegung finden sich in einer kleinen Zeitung des Jahrgangs 1852 durch einen der Beteiligten sorgfältig beschrieben und analysiert. Schon damals stand das Motiv einer korrekten Rechenschaftslegung über die eigenen geschichtlichen Bestrebungen im Mittelpunkt der Erörterung des historiographischen Problems.

Der unbekanntere Verfasser nennt die „Ansichten und Meinungen bei Behörden wie bei Privaten oft sehr schief und vorurteilsbefangen, indem sie teils auf Unkenntnis des Wesens und der Entwicklung der leitenden Ideen, der Zwecke und der angewandten Mittel, teils auf Verdächtigungen und Verleumdungen interessierter Personen beruhen“²¹⁾. Seinerzeit war es bereits üblich, die Gewerkschaftsbewegung der „Kommunistenverschwörung“ zuzurechnen, um sie dergestalt vor dem breiteren Publikum zu diskreditieren²²⁾. Der Autor von 1852 meinte, dies sei „ein großer Übelstand, der indessen allmählich immer mehr an Bedeutung verloren hätte, wenn es unserer Assoziation [i. e. Gewerkschaft] verstatet gewesen wäre, sich frei und ungehemmt zu entwickeln und durch volle Ausbildung ihrer Prinzipien, der beabsichtigten und begonnenen Einrichtungen praktisch ihren Wert oder Unwert zu beweisen. Dies haben die Götter und die Behörden nicht gewollt. Vielmehr war die Geschichte unserer Assoziation eine stete Kette von Hemmungen und Hindernissen, von Suspensionen und gerichtlichen Verfolgungen. Es

²¹⁾ Entwicklung der deutschen Buchdrucker-Assoziation, in: *Mitteilungen für Buchdrucker und Schriftgießer*, H. 2, Berlin 1852, S. 3—16, hier S. 3. Dazu erschienen noch zwei Fortsetzungen. Es handelt sich wohl um den ältesten deutschsprachigen Ansatz einer geschlossenen, gewerkschaftseigenen Geschichtsschreibung. Verantwortlich zeichnete die Redaktion unter Hermann Kannegießer in ihrer Gesamtheit. Die Zeitschrift ist nur in einem einzigen Exemplar erhalten.

²²⁾ Dr. iur. Wermuth/Dr. iur. Stieber, *Die Communisten-Verschwörungen des neunzehnten Jahrhunderts*. Im amtlichen Auftrag zur Benutzung der Polizei-Behörden der sämtlichen deutschen Bundesstaaten, T. 1 u. 2, Berlin 1853/54. Darin werden auch die Führer der Gewerkschaftsbewegung verzeichnet, u. a. Hermann Kannegießer in T. 2, S. 63.

sind daher viele der beabsichtigten und angefangenen Einrichtungen teils ganz unterblieben, teils nur in beschränkter Weise zur Ausführung gekommen. Dies hat wiederum bei Unkundigen und Übelunterrichteten dazu beigetragen, das Urteil über unser Streben zu verfälschen.“²³⁾

Die angeblich vaterlands- und geschichtslosen Gesellen jener Tage wehrten sich durch das Mittel der Geschichtsschreibung: „Abgesehen davon, daß es nur heilsam sein kann, die allmählich herrschend gewordenen irrümlichen und befangenen Ansichten unserer Zeitgenossen durch eine klare, unbefangene Darstellung unserer Prinzipien und ihrer geschichtlichen Betätigung, Fortbildung oder Verkümmern zu berichtigen, da ein falsches Urteil über *eine* soziale Bestrebung leicht die Ursache werden kann, daß andere derartige Unternehmungen ohne Prüfung verworfen werden; abgesehen davon, daß den bei irgendeinem allgemeinen, auf das Wohl vieler Mitmenschen hinzielenden Unternehmen als Mitwirker aktiv oder passiv beteiligten Personen selbst erwünscht sein muß, ihr Streben und Wirken richtig beurteilt zu sehen, abgesehen von diesen und anderen Verhältnissen legt uns schon die historische Bedeutung unserer Assoziation für die Gegenwart wie für die Nachwelt, die ein Recht hat, von uns Auskunft über unser Streben und seine Gründe, über unser Wirken und seinen Fortgang, über unsere Erfolge und unsere Mißgriffe zu fordern, die Pflicht auf, *eine unparteiische und rücksichtslose Geschichte unserer Assoziation zu verfassen.*“²⁴⁾

Sieht man von dem betulichen Stil ab, übersetzt man die altertümliche Wortwahl und den verschnörkelten Satzbau in die moderne Sprache der Organisation, dann wurden bereits am Anfang der Gewerkschaftsbewegung gültige Aussagen über ihre historische Bedeutung und geschichtswissenschaftliche Behandlung gemacht. *Rechenschaft über die Vergangenheit und Aufbruch in eine neue Zeit* — das waren und blieben die zentralen Motive gewerkschaftlichen Geschichtsbewußtseins.

Freilich dauerte es ein halbes Jahrhundert, bis eine breitere historische Literatur entstand. Es handelt sich dabei vor allem um Geschichten einzelner Berufs- und Branchenverbände, die von hervorragenden Gewerkschaftsführern und Journalisten bzw. Schriftstellern der Gewerkschaftspresse verfaßt wurden: Arthur Gasch, Ludwig Rexhäuser, August Bringmann,

Willi Krahl, Otto Hué und viele andere wären zu nennen²⁵⁾. Unsere eigene Geschichte machen wir selber und schreiben wir selber! — So ungefähr lautete die Anwendung kollektiver Selbsthilfe auf die Organisationsgeschichte. Daraus folgte Geschichtsschreibung von Arbeitern für Arbeiter, also „Arbeitergeschichte“ in Analogie zur „Arbeiterdichtung“. Auf diese Weise hat sich vor dem Ersten Weltkrieg eine umfangreiche historiographische Literatur der Arbeiterschaft entwickelt, die einen Vergleich mit der professionellen bürgerlichen oder halbfeudalen Geschichtsschreibung nicht zu scheuen braucht. Was ihr an Zitiertechnik und philologischer Akribie fehlt, hat sie der preußischen Schule an gesellschaftlichem Bewußtsein voraus!

Einen Höhepunkt dieser breiten Welle gewerkschaftseigener Geschichtsschreibung bildet Hermann Müllers Arbeit über die Organisation der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, die 1917 erschien und heute aus guten Gründen einen Nachdruck erfährt²⁶⁾. Die Erfolge der Arbeitergeschichte förderten eine Tendenz zur Beschränkung auf Autoren aus den eigenen Reihen. Der Steinsetzer Alexander Knoll, selbst Vorsitzender und Autor einer voluminösen Sozial- und Organisationsgeschichte²⁷⁾, machte Anfang der zwanziger Jahre zur Norm, was sich seit Ende des 19. Jahrhunderts herausgebildet hatte: „daß Gewerkschaftsgeschichte nur von Gewerkschaftern geschrieben werden sollte“²⁸⁾. Die Ignoranz der herrschenden Geschichtswissenschaft gegenüber den Gewerkschaften wurde so mit einer negativen Exklusivität beantwortet.

Geschichtsverlust durch Identitätskrise und Repression

In dieser Entwicklung spiegelt sich die allgemeine Schwierigkeit der deutschen Arbeiterbewegung, aus den veränderten Verhältnissen nach der Revolution von 1918/19 positive Im-

²⁵⁾ Einen Überblick gibt Gerhard Beier, Glanz und Elend der Jubiläumsliteratur. Kritische Bestandsaufnahme bisheriger Historiographie der Berufs- und Industriegewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 10/1968, S. 607—614.

²⁶⁾ Hermann Müller, Die Organisationen der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe. 1. Allgemeine Gewerkschaftsgeschichte, 2. Unsere Organisationen und Kämpfe bis zum Jahre 1891, Berlin 1917.

²⁷⁾ Alexander Knoll, Geschichte der Straße und ihrer Arbeiter, 3 Bände, o. O. u. J.

²⁸⁾ Alexander Knoll, Gewerkschaftsgeschichtsschreibung, in: Die Arbeit, 1. Jg. 1924, H. 6, S. 364.

²³⁾ Wie Anm. 21.

²⁴⁾ Ebd.

pulse für die eigene Geschichte im Doppelsinne des Wortes zu empfangen. Das neue Verhältnis von Gewerkschaften und Staat, wie es im zweiten Teil der Weimarer Reichsverfassung formuliert wurde, verlangte ein verwandeltes Verständnis der Organisationsgeschichte bis hin zur Reflexion des Funktionswandels der Gewerkschaften in Staat, Gesellschaft und Wissenschaft. Jene Ansprüche, die Heinz Oskar Vetter erst 1977 in Marburg anmeldete, hätten bereits in der Weimarer Republik zur Geltung kommen müssen.

Die Öffnung staatlicher und kommunaler Archive nach der Novemberrevolution brachte neue methodische Anforderungen und bis dahin ungenutzte quellenkundliche Möglichkeiten, die nur zögernd wahrgenommen wurden. Die Eigenbrötlererei der Arbeiterhistoriker und die Abneigung der rückwärtsgewandten „bürgerlichen“ Wissenschaft bildeten auf diese Weise eine doppelte Barriere. Der große Wurf einer Gesamtgeschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, zu dem Siegfried Nestriepke im Jahre 1919 ausholte, mußte geradezu zwangsläufig scheitern, auch wenn drei Bände erscheinen konnten²⁹⁾. Es fehlte an produktiver Kooperation zwischen Archiven, Universitäten und Gewerkschaften.

Immerhin wurden bis zum Jahre 1930 allein im Bereich des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) sechzig zentrale Organisationsgeschichten herausgegeben, die sich mit der Entwicklung von 37 verschiedenen reichsweiten Organisationen befaßten. Das ist nur die Spitze eines Eisbergs. Darunter sind tausende regionaler und lokaler Geschichtswerke zu finden, die in keiner Bibliographie verzeichnet werden³⁰⁾. Gegen Ende der Republik kündigte sich eine zweite Welle gewerkschaftlicher Selbstdarstellungen an, deren Ausbreitung und Rezeption durch den Nationalsozialismus brutal unterbrochen wurde. Das gilt auch für zwei hervorragende Handbücher, die Anfang der dreißiger Jahre erschienen: Ludwig Heydes Internationales Handwörterbuch, das noch vollständig erscheinen konnte³¹⁾, und: Maurycy Bergmann, Fritz

Schleiter, Helmut Wickel, Handbuch der Arbeit, von dem nur ein dritter Band über die Koalitionen existiert³²⁾.

Trotz der Bücherverbrennungen wurde von einzelnen Autoren im Widerstand heimlich weitergeschrieben³³⁾. Aber die Produktionsbedingungen drückten erneut auf die Qualität. Die Kontinuität gewerkschaftlicher Geschichtsschreibung wurde in den dreißiger Jahren gebrochen, und zwar vorrangig durch äußere Repression, aber auch durch ein tiefgreifendes Identitätsproblem: durch innere Ablösung von berufsgewerkschaftlichen Traditionen im Übergang von Berufs- und Richtungsgewerkschaften zur Industrie- und Einheitsgewerkschaft. In diesem Zusammenhang sind jene Worte zu verstehen, die Theodor Leipart in seinem richtungsweisenden Aufsatz zur gewerkschaftlichen Einheit aus der „Metallarbeiter-Zeitung“ übernommen hat: „Ein Gewerkschafter, der seinen Namen verdienen will, muß sein Gesicht auf Gegenwart und Zukunft richten, nicht in die Vergangenheit. Er wird beweisen, daß ihm das Vergessen nicht schwerer fällt, als das Lernen.“³⁴⁾

Der Bruch von 1933 wurde 1945 keineswegs aufgehoben, sondern durch die Spaltung in Ost und West nochmals verstärkt. Das Resultat war eine weitverbreitete Geschichtslosigkeit, die mit dem Ausscheiden der älteren Generation in den fünfziger Jahren noch weiter zunahm. Arbeiten wie die Veröffentlichungen von Jack Schiefer, Richard Seidel und Franz Josef Furtwängler³⁵⁾ sind als Ausnahmeerscheinungen in diesem Zusammenhang zu werten.

Zwar hat der Bundesvorstand des DGB Mitte der fünfziger Jahre eine Kommission eingesetzt, die den Auftrag erhielt, das wachsende historische Vakuum wieder aufzufüllen. Ru-

Sassenbach, Adam Stegerwald, Albert Thomas, Redaktionssekretär Rigomar Rieger, 2 Bände, Berlin 1931/32.

²⁹⁾ Bergmann/Schleiter/Wickel, Handbuch der Arbeit. Die deutsche Arbeiterklasse in Wirtschaft und Gesellschaft, III. Abteilung, Die Koalitionen, Jena 1931.

³⁰⁾ Einzelne Manuskripte finden sich bei den Hauptvorständen aufgehoben, wurden aber nicht veröffentlicht.

³¹⁾ Metallarbeiter-Zeitung, Nr. 48/1931, zitiert nach Theodor Leipart, Über die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, in: Gewerkschafts-Zeitung, 41. Jg. Nr. 49/1931.

³²⁾ Jack Schiefer, Geschichte der deutschen Gewerkschaften, Bd. 1, 3. Aufl. Aachen 1948; Richard Seidel, Die deutschen Gewerkschaften. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Stuttgart 1948; Franz Josef Furtwängler, Die Gewerkschaften. Ihre Geschichte und internationale Auswirkung, Hamburg 1956.

²⁹⁾ Siegfried Nestriepke, Die Gewerkschaftsbewegung, 3 Bände, Stuttgart 1919—1921. Der Qualitätsabfall zeigt sich vom ersten bis zum dritten Band. Auch der erste Band erreicht nicht die Qualität des Werkes von Hermann Müller.

³⁰⁾ Zahlen nach Willi Krahl, Der Verband der deutschen Buchdrucker, Geschichte der ältesten deutschen Gewerkschaft, Bd. 2, Berlin 1933, S. IV.

³¹⁾ Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, hrsg. von Ludwig Heyde in Gemeinschaft mit Anton Erkelenz, Lord Passfield, Johann

dolf Wissell, Theodor Thomas, Franz Spliedt und August Enderle lauteten die berufenen Namen³⁶⁾. Das Ergebnis liegt seit 1959 in vier hektographierten Bänden vor³⁷⁾. Es trägt den Vermerk: „Für jeden Abdruck gesperrt.“³⁸⁾ Die Gründe lassen sich nur mutmaßlich nennen. Sie liegen wohl bei den Schwierigkeiten einer Darstellung des Übergangs zur Einheitsgewerkschaft, die den Bedürfnissen aller im DGB organisierten Richtungen gerecht wird.

Im Übergang zur Einheitsgewerkschaft, der tragischerweise mit Gleichschaltung, Zerschlagung und Funktionswandel der demokratischen Verbände zusammenfällt, klappt eine historische Bewußtseinslücke, die in dem halben Jahrhundert seither niemals zufriedenstellend aufgearbeitet werden konnte. Hier zeigt sich die real- und bewußtseinsgeschichtliche Seite des dichotomischen Gesellschaftsbildes³⁹⁾ der Gewerkschaften, ihrer Mitglieder und Funktionäre, mit anderen Worten: des Problems der kollektiven Identität, der Nicht-Identität und Identitätsdiffusion. Die Geschichte der deutschen Gewerkschaften ist mit vielen Spaltungen belastet — von der Klassenspaltung über weltanschauliche Differenzen und ständisches Denken bis hin zur nationalen Spaltung in Ost und West. Wer mit Hans Mommsen „die Pflege und die Erhaltung des Bewußtseins der historischen Identität“ als Ausweis geschichtswissenschaftlicher Legitimation betrachtet, kommt in Schwierigkeiten, wenn er deutsche Geschichte, insbesondere Arbeitergeschichte und speziell Gewerkschaftsgeschichte schreiben will. Die Chance zur Lösung dieses Problems liegt in dem aufkommenden Dialog zwischen Wissenschaft und Gewerkschaft.

Die Wiederentdeckung der Gewerkschaftsgeschichte seit 1963

Als erstes Datum für die Wiederentdeckung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewe-

gung darf das Jahr 1963 angesehen werden. In Westdeutschland war es durch den hundertsten Gründungstag des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) charakterisiert. Es handelte sich um ein Lassalle-Jubiläum mit ausgesprochen sozialdemokratischen Tendenzen⁴⁰⁾. Demgegenüber nutzte Walter Ulbricht die historische Stunde, um seinen „Grundriß“ der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung durchzusetzen, auf dem die achtbändige Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung beruht⁴¹⁾. Obwohl dieses Geschichtswerk in der DDR heute nicht mehr voll anerkannt wird, ist es doch als Standardwerk des vorherrschenden, stalinistisch geprägten Geschichtsbildes im sogenannten „real existierenden Sozialismus“ zu werten. Der DKP-Historiographie, ihren Marburger Freunden und den entsprechenden Verlagen dient diese „GdA“ offenbar noch immer als Richtschnur für ihre diversen historischen Publikationen⁴²⁾.

Obwohl die *Gewerkschaftsgeschichte* noch nicht im Mittelpunkt der Ereignisse von 1963 stand, sind auch hier wichtige Weichenstellungen erfolgt. Bereits im Januar 1963 erschien die vielbeachtete Hundertjahresausgabe der westdeutschen Gewerkschaftszeitung „Druck und Papier“ bzw. „Correspondent“. Ulbricht hat daraus vor dem ZK der SED ausführlich zitiert und gleichzeitig Anstöße für die Geschichtsschreibung seines Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) gegeben. Historiker an der Hochschule der Gewerkschaften in Bernau bei Berlin waren dadurch besonders angesprochen. Im gleichen Jahr wurden im FDGB und seinen Gliederungen Resolutionen verabschiedet, die auf eine Aktivierung historischer Anstrengungen zielten. Die „schrittweise Ausarbeitung einer Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ rückte in den „Forschungsplan des

⁴⁰⁾ Typisch war der Vorwärts-Sonderdruck mit dem Titel: 100 Jahre SPD, der zum 23. Mai 1963 erschien. Dasselbe gilt für: Karl Anders, Die ersten hundert Jahre. Zur Geschichte einer demokratischen Partei, Hannover 1963.

⁴¹⁾ Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1963; Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 8 Bände, Berlin 1966.

⁴²⁾ Übereinstimmungen gehen bis in Wortwahl und Diktion. Zur Kritik am „Grundriß“ siehe Hermann Weber, Ulbricht fälscht Geschichte. Ein Kommentar zum „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Köln 1964. Eine weitere Auseinandersetzung findet sich im Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Bd. 13, Berlin 1964.

³⁶⁾ Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 11/1954, S. 703, Mitteilungen der Redaktion.

³⁷⁾ August Enderle unter Mitarbeit von Bernt Heise, Die Einheitsgewerkschaften, 4 Bände, hektographiertes Manuskript, Düsseldorf 1959.

³⁸⁾ Dieser Vermerk weckt möglicherweise Spekulationen, denen die vier Bände inhaltlich keineswegs gerecht werden. Sie enthalten weder persönliche Indiskretionen noch politische Enthüllungen. Der Vermerk bezeugt eine übertriebene Schamhaftigkeit im Umgang mit der eigenen Geschichte.

³⁹⁾ Diese Bezeichnung folgt Heinrich Popitz/Hans Paul Bahrdt/Ernst August Jüres/Hanno Kesting, Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie, Tübingen 1957, S. 184ff.

FDGB-Bundesvorstandes“⁴³). Erkennbar war dabei immer wieder die politische Absicht, auf dem Umweg über die Geschichte den abgerissenen Kontakt mit den westdeutschen Gewerkschaften wieder anzuknüpfen und so Einfluß auf den DGB zu gewinnen. Diese Bemühungen dauern seit 1963 an und zeigen seit Mitte der siebziger Jahre sichtbare Erfolge. Dabei scheint die Initiative von Ost-Berlin und Bernau auf die Zentren der DKP-Arbeit in Westdeutschland übergegangen zu sein, ohne daß von einer unabhängigen Entwicklung gesprochen werden kann.

Zur Situation der freien Historiographie in Westdeutschland ist demgegenüber festzustellen: Anders als in der DDR, wo eindeutige Aufträge vergeben und arbeitsteilig durchgeführt werden, leiden wir an Organisations- und Legitimationsproblemen. Noch immer gibt es eine gewisse Scheu der Gewerkschaften, wissenschaftliche Einrichtungen und ausgewiesene Forscher mit der Geschichtsschreibung zu beauftragen. Zwar hat das Mißtrauen gegenüber der Wissenschaft im allgemeinen abgenommen, doch hat sich spezielle Skepsis gegenüber neulinker Arroganz auf Lehrstühlen ausgebreitet. Zugleich verhält die etablierte Geschichtswissenschaft sich immer noch skrupulös, wenn sie Gelegenheit erhält, den Gewerkschaften bei ihren Bemühungen um historische Rechenschaftslegung methodisch behilflich zu sein. Allein wo die unabhängige Wissenschaftsförderung einsetzt, scheinen diese Schwierigkeiten überwindbar zu werden.

Ein ‚kurzer Lehrgang‘

Das größte publizistische Defizit klafft gegenwärtig im Bereich einer kurzgefaßten und gleichwohl kritisch-wissenschaftlichen Gesamtgeschichte der deutschen Gewerkschaften als Unterlage für das sozialwissenschaftliche Studium, den sozialkundlichen Unterricht und die gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Diese Lücke wurde von der Marburger Gruppe um Frank Deppe und Georg Fülberth (DKP) mit der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung aus dem Pahl-Rugenstein-Verlag scheinbar geschickt geschlossen⁴⁴). Jedenfalls spricht der Erfolg der ersten

⁴³) Gewerkschaftsentwicklung im Lichte des Roten Oktober (Geschichtlicher Überblick) 1917—1967, Bernau 1967, Vorwort S. 3.

⁴⁴) Frank Deppe/Georg Fülberth/Jürgen Harrer (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Mit Beiträgen von Frank Deppe, Georg Fül-

und zweiten Auflage dafür. Hilfreich bei der Durchsetzung dieses Buches als Standardliteratur für gewerkschaftliche Bildungsarbeit waren Referententeams und befreundete Gruppen, die für größere Sammelbestellungen sorgten.

Das Werk macht auf den ersten Blick gar keinen schlechten Eindruck. Die zurückhaltend Diktion, zahlreiche Fußnoten und ein Literaturverzeichnis erwecken den Anschein einer zuverlässigen wissenschaftlichen Arbeit. Laut Vorwort handelt es sich um eine „Geschichte für die Arbeiterbewegung in der BRD“⁴⁵). Wer nicht weiß, wo die Autoren politisch stehen, wird nicht gleich merken, daß es sich hier um Parteilichkeit im Sinne der Deutschen Kommunistischen Partei handelt. Die Machart des Buches zielt auf den gutwilligen Leser, der bereit ist, sich durch wissenschaftliche Autoritäten in die Lehren der Gewerkschaftsgeschichte einweihen zu lassen. Hier wird der psychologisch kürzeste Weg von der Naivität zum politischen Dogmatismus gewiesen.

Tatsächlich ist die Tendenz des Buches nur schwer auszumachen. Wer sich freilich die Mühe gibt, jene Stellen anzustreichen, an denen sozialdemokratische oder kommunistische Gewerkschaftspolitik bewertet wird, den bietet sich folgendes Bild: Auf 26 Seiten werden Sozialdemokraten negativ bewertet, auf 3 Seiten kommt es zu negativen Urteilen über Kommunisten. Dagegen finden Kommunisten auf 20 Seiten eine positive Kritik, während sozialdemokratische, christliche oder liberale (Hirsch-Dunckersche) Gewerkschafter fast nirgends gut davonkommen oder gänzlich übergangen werden, wo ihre Leistungen zu würdigen wären. Vollends eindeutig ist die negative Bewertung jeglichen Antikommunismus. Gegen ihn wird auf 35 Seiten zu Felde gezogen. Eine Untersuchung der Fußnoten und des Literaturverzeichnisses bestätigt diese eindeutige Tendenz. Ohne sich offen als Vertreter einer kommunistischen Gewerkschaftspolitik zu bekennen, streiten die Autoren ve-

berth, Käthe Gerstung, Hans-Dieter Gimbel, Jürgen Harrer, Wolfgang Hecker, Kurt Pohl, Witich Roßmann, Jutta Schmidt, Wolfgang Seichter, Christfried Seifert, Gerhard Weiß, Anne Weiß-Hartmann, Frauke Werther, Köln 1977. Die zweite, erweiterte Auflage erschien ohne Korrektur der zahlreichen Fehler, lediglich um zwei Literaturangaben und ein Personenverzeichnis erweitert, in dem Viktor Agartz häufiger genannt wird als Otto Brenner oder Hans Böckler, Köln 1978.

⁴⁵) Ebd., S. 12. Im folgenden werden Belege, die sich direkt auf das Buch von Deppe u. a. beziehen, im laufenden Text in Klammern gegeben.

hement gegen jeglichen Antikommunismus, so daß aus der doppelten Negation schließlich nichts anderes als eine prokommunistische Haltung herauskommen kann.

Dieser zunächst schwer greifbaren Strategie von scheinbarer Neutralität über differenzierende Urteile bis zu kompakter Parteilichkeit folgt auch der inhaltliche Aufbau des Buches, das in drei große Abschnitte gegliedert ist: Am Anfang steht die Entwicklung von 1848 bis 1914, die auf nur 80 Seiten recht flüchtig abgehandelt wird. Die Informationen gehen hier kaum über die bekannte Broschürenliteratur hinaus. Helga Grebing meint dazu: „Die insgesamt vier Beiträge zu diesem Zeitraum bestehen in weiten Teilen aus einer unkritischen Kompilation bekannter Standardwerke der DDR-Historiographie; ergänzt durch ältere und neuere Darstellungen zu bestimmten Ereignissen oder Zusammenhängen, wie sie sowohl von der DDR-Historiographie wie von der Forschung in der Bundesrepublik vorgelegt wurden.“⁴⁶⁾ Darin steht wenig Aufregendes, auch wenn hier und da die politische Ausrichtung deutlich wird, wo etwa die Führungsrolle der Partei zur Geltung kommt. Das alles wirkt gemäßigt durch Schlamperei: Marx wird falsch nachgewiesen (S. 37). Eine Unternehmerorganisation findet sich mit einer Gewerkschaft vertauscht (S. 19). Wer sich durch diesen quälend langweiligen ersten Teil hindurchgearbeitet hat, der wird dazu neigen, dieses Buch für harmlos zu halten.

Es folgt ein zweiter Teil, der vom August 1914 bis zum Mai 1945 reicht. Hier ist das Bestreben der Autoren deutlich darauf gerichtet, das dreifache Versagen der „revisionistischen“ Gewerkschaftsführung herauszustellen, und zwar sowohl bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges als auch in der Revolution von 1918, während der Machtergreifung des Nationalsozialismus und im folgenden Widerstand gegen die faschistische Diktatur. Demgegenüber wird die Rolle der Kommunistischen Partei vom Spartakusbund über die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) bis zur Volksfrontpolitik immer wieder besonders liebevoll behandelt und wo irgend möglich beschönigt, wenn nicht alles verschwiegen werden kann, was an gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten aus dem kommunistischen Lager kam. Diese

⁴⁶⁾ Helga Grebing, Eine große sozialwissenschaftliche und pädagogische Leistung? Bemerkungen zu dem Buch von Deppe, Fülberth, Harrer (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 4/1979, S. 204—227, hier S. 206.

parteiliche Darstellung gipfelt in der diskreditierenden Behandlung von Gewerkschaftsführern wie Carl Legien und Wilhelm Leuschner auf der einen Seite und der Rechtfertigung des BVG-Streiks (S. 207, Anm. 234) und des Hitler-Stalin-Paktes (S. 250, Anm. 168) auf der anderen. Geschickt nutzen die Autoren den unbezweifelbaren Heroismus kommunistischer Widerstandsgruppen, um Sympathien auf ihre Seite zu bringen. Daß dieser Widerstand im Widerspruch zum Hitler-Stalin-Pakt zu sehen ist, wird nicht thematisiert. Wer das ohne gründliche Vorkenntnisse gelesen hat, der wird zu dem Schluß verleitet: Im Gegensatz zu den Sozis haben die Kommunisten fast immer recht gehabt. Sie machten die richtigere Politik und verfügten über die besseren Leute.

Der dritte, umfangreichste und am sorgfältigsten ausgearbeitete Teil bezieht sich auf die Entwicklung seit 1945. Mit Anne Weiß-Hartmann und Frank Deppe sind hier die fähigsten Mitarbeiter des Autorenteam am Wirken. Ihre Strategie zielt darauf, die Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone als vorbildlich hinzustellen, die Probleme der Entwicklung in Westdeutschland in den schwärzeren Farben zu malen und das Scheitern sozialdemokratischer Reformpolitik projektiv deutlich zu machen. Die übertriebene Bewertung von wirtschaftlichen Krisenerscheinungen im Westen bei gleichzeitiger Ausblendung ökonomischer Schwierigkeiten im „realen Sozialismus“ dient als wichtigstes Mittel zum Zweck. Wer sich im Westen verunsichert sieht, wer von Zukunftsängsten geplagt wird, der soll sich dem anderen Lager zuwenden. Der dritte und letzte Teil der „Geschichte“ zielt also auf neue Identifikationen.

Der Grundbegriff der Autonomie

Der Grundbegriff der gewerkschaftlichen Autonomie spielt hierbei wiederum in einem psychologisch geschickt angelegten Dreischritt eine besondere Rolle. Durch Betonung der Autonomie, die — wo sie ernst genommen wird — sehr wohl im Widerspruch zur sowjetmarxistischen Gewerkschaftstheorie steht, wird der Versuch gemacht, die Gewerkschaften aus ihrer historisch gewachsenen Nähe zum freiheitlichen Sozialismus zu lösen und in eine neue Bindung an die vorgeblich einzige Partei für die Arbeiterklasse (die DKP) zu manövrieren (S. 403, Anm. 244). Das alles geschieht unauffällig und teilweise verschlüsselt, wirkt suggestiv, bleibt aber für den kritischen Analytiker eindeutig feststellbar.

Der verwendete Autonomiebegriff, der scheinbar einen ideologischen Wandel andeutet, wird so eingesetzt, daß er keine Entscheidungsfreiheit im Sinne des Aktions- und des Grundsatzprogrammes der Gewerkschaften bedeutet, daß er auch keine Optionen für sozial-liberale, freiheitlich- oder christlich-sozialistische Politik zuläßt. Vielmehr ist aus den Äußerungen Deppes abzulesen, daß Autonomie im Zusammenhang seiner Gewerkschaftstheorie immer nur *Gegen*-Autonomie meint, also die Freiheit, „Nein“ zu sagen, solange die Verhältnisse nicht in seinem Sinne geordnet sind (S. 461). Bestenfalls meint er Klassen-Autonomie im Gegensatz zur Politik gewerkschaftlicher Integration⁴⁷⁾. Aber seine Konzeption läuft auf eine Version von Klassen-Autonomie hinaus, wie sie in der Selbstherrlichkeit des Leninistischen Partei-Verständnisses verwirklicht wird, also auf jene sowjetische Fehlentwicklung, bei der Autonomie schließlich in die alte Autokratie einmündet und dem Volk die Selbstbestimmung verweigert⁴⁸⁾.

Wie fremd Deppe der freiheitliche Begriff gewerkschaftlicher Autonomie tatsächlich ist, erhellt aus einem unveröffentlichten Papier, das er 1976 zur Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung (ITH) in Linz vorgelegt hat, wo er sagt: „Die Gewerkschaftsbewegung freilich — theoretisch und historisch — auf einen Emanzipations- und Autonomiebegriff zu reduzieren ... heißt in letzter Konsequenz, alle gesellschaftstheoretischen Erkenntnisse und historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung insofern aufzugeben, als diese wieder auf das Niveau der bürgerlichen Aufklärungsphilosophie und die Praxis der bürgerlichen Arbeiterbildungsvereine zurückgeführt wird.“⁴⁹⁾

47) Deppes Schwierigkeiten, die Begriffe ‚Autonomie‘ und ‚Integration‘ in den Zusammenhang seiner Gewerkschaftstheorie aufzunehmen, zeigen sich in seiner neuesten Buchveröffentlichung zu diesem Thema: Frank Deppe, *Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse*, Marburg 1979.

48) Über diese Zusammenhänge: Günter Berghahn/Rudi Dutschke, *Über die allgemeine reale Staatsklaverei. Die Sowjetunion in der russischen Geschichte*, in: L 76, H. 6/1977, S. 135—162 und Fortsetzung.

49) Frank Deppe, *Elemente eines theoretischen Bezugsrahmens zur Analyse der Gewerkschaftsgeschichte — unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung vor 1917*, hektographiertes Manuskript, Linz 1976, S. 17. Deppe unterschätzt dabei das Niveau der bürgerlichen Aufklärungsphilosophie. Seine Charakterisierung der bürgerlichen Arbeiterbildungsvereine ist historisch falsch, denn eben diese Vereine akzeptierten die Autonomieforderung der Arbeiterschaft

Wenn Deppe heute den Begriff der Autonomie trotz ursprünglicher Abweisung in inhaltlich revidierter Weise übernimmt, dann ordnet er diesen Grundsatz freiheitlicher Gewerkschaftsarbeit, der in der Präambel zum neuen Grundsatzprogramm des DGB festgeschrieben werden soll, von vornherein fremden Zwecken unter. Zwar sind die Meinungen darüber geteilt. So heißt es in einer Rezension: „Deppe bricht explizit mit einem fest verwurzelten Dogma der kommunistischen Bewegung...“⁵⁰⁾. Überzeugender wirkt aber die Analyse Fritz Vilmars, derzufolge die neuerliche Betonung der gewerkschaftlichen Autonomie im Rahmen kommunistischer Gewerkschaftsarbeit nur eine weitere Variante in dem traditionellen Bestreben darstellt, die Führung der Gewerkschaften zu übernehmen.

Demnach soll sich der angestrebte Führungswechsel in drei Schritten vollziehen: „Erstens: Sich-Anschmeißen: Aktionseinheit; zweitens: Gewerkschaften von der SPD abspalten (parteilpolitische Unabhängigkeit); drittens: im DGB Macht gewinnen“⁵¹⁾. Indem Vilmar aus dem DKP-Programm zitiert, erläutert er diese drei Schritte:

„Schritt eins: ‚Der beste Weg für die Entwicklung der Aktionseinheit ist das Zusammenwirken von Kommunisten und Sozialdemokraten am Arbeitsplatz, im Betrieb und in den Gewerkschaften ... In der praktischen Arbeit ... nimmt die Übereinstimmung in Grundfragen des Klassenkampfes zu‘.

Schritt zwei: Da nun aber die DKP die starken Bindungen vieler Gewerkschaftler an die Sozialdemokratie kennt, kann sie nicht einfach die Parole aufstellen: Geht weg von der SPD und kommt zu uns. Vielmehr wählt sie einen Umweg. Sie mißbraucht, einmal in den Gewerkschaften ‚präsent‘, das gewerkschaftliche Autonomieprinzip zu einer Strategie der Ablösung der Gewerkschaften von der SPD: ‚Die DKP ... achtet ... strikt die parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaften und wendet sich gegen die Verletzung dieses Prin-

nicht. Wie brüchig Deppes Position von Anfang an war, zeigt auch seine Anlehnung an eine stalinistische Schrift von Alexander Losowski, deren Fälscher-These gegenüber dem Hamann-Interview von Deppe mit zusätzliches Argumenten versehen wird. Ebd. S. 21.

50) Taktische Wende, in: *Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus*, H. 2/1979, S. 46.

51) Fritz Vilmar, *Die politische Unwahrhaftigkeit der DKP-Programme. Nur taktische Verschiebungen vom Düsseldorfer zum Mannheimer Programm*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, H. 8/1979, S. 484—495, hier S. 493.

zips durch christdemokratische und rechtssozialdemokratische Politiker'.

Dritter Schritt: Nachdem die DKP mit der Autonomie-Parole viele Gewerkschaftler erst einmal von dem verhängnisvollen SPD-Einfluß freigemacht hat, empfiehlt sie selbst sich nunmehr, anstelle der SPD, als der wahre Führer der ‚Arbeiterklasse‘: ‚Das Erstarken der DKP ... und ihre immer festere Verwurzelung in der Arbeiterklasse ist eine Grundvoraussetzung für die Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses zugunsten des arbeitenden Volkes. Die Entwicklung der DKP zu einer Massenpartei ist unerlässlich ...“⁵²⁾

Wie abhängig Deppes Interpretation der Geschichte tatsächlich ist, zeigt sich immer dort, wo regimekritische Volksbewegungen im Einflußbereich der Sowjetunion zu beobachten waren. Was am 17. Juni 1953 in der DDR passierte, wird von Deppe nicht berührt, auch nicht die gewerkschaftliche Komponente des Volksaufstandes. Er meint lediglich: „Die Arbeitslosenreserve wurde in dieser Zeit immer wieder durch Flüchtlingsströme aus der DDR aufgefüllt und wirkte somit als ein zusätzliches Wachstumspotential“ (S. 349). Auch die Berliner Mauer erhält in seiner Darstellung allein arbeitsmarkttechnische Funktion. Nach Deppe „hatte der Bau der ‚Berliner Mauer‘ im August 1961 die Verfügbarkeit des westdeutschen Kapitals über einen Teil des hochqualifizierten Arbeitskräftepotentials der DDR abrupt unterbrochen“ (S. 375). Das ist Zynismus gegenüber den Betroffenen, auch wenn Deppe nicht von „Friedenswall“ und ähnlichen Wortschöpfungen der SED-Propaganda Gebrauch macht. Das soziale Grundrecht des Arbeiters auf Freizügigkeit und das nationale Grundrecht des Volkes auf Selbstbestimmung in Einheit wird hier negiert.

Zwar vertritt Deppe nicht explizit die These von den zwei Nationen, aber er lehnt den Gedanken der „Volksgewerkschaft“ ab: „In der Auseinandersetzung um die gewerkschaftliche Standortbestimmung ging es“ — nach Deppe — „letztlich um die Frage, ob sich die klassengewerkschaftliche oder volksgewerkschaftliche Bestimmung des gewerkschaftlichen Handelns durchsetzen konnte“ (S. 364). Er übernimmt das Begriffspaar „Volksgewerkschaft—Klassengewerkschaft“ vom Verfasser dieses Beitrages⁵³⁾, aber er verwendet es in

polarisierendem Sinne, indem er den Klassenstandpunkt dogmatisiert^{53a)}.

Darüber hinaus irrt Deppe historisch. Als marxistisches Denken von den Gründern, insbesondere von August Bebel und Wilhelm Liebknecht, in Sozialdemokratie und Gewerkschaften hineingetragen wurde, diente ihnen die Parole vom „Volksstaat“ als Vehikel eines praxisorientierten, in deutscher Tradition entwickelten marxistischen Denkens. Die Richtung Bebel/Liebknecht kam aus der Volkspartei. Sofern es lebendige revolutionäre Traditionen in Deutschland gab, lebten sie vom Zusammenspiel nationaler und sozialer Emanzipationsbewegungen als freiheitlicher Volksbewegungen⁵⁴⁾. Wenn Deppe die Arbeiterbewegung nicht mehr als Volksbewegung versteht, mag es Ausdruck von Erfahrungen der SED, SEW und DKP sein, daß es ihnen an Massenanhängern gebricht, um mit Bert Brecht zu sprechen: daß sie eher dazu neigen, das Volk aufzulösen, bevor sie ihre unhaltbar gewordene Position räumen⁵⁵⁾. Für eine demokratische, freiheitliche und sozialistische Gewerkschaftsbewegung, die sich nicht auf auswärtige Mächte stützt, scheidet eine solche Möglichkeit aus. Insofern gibt es tatsächlich eine Unvereinbarkeit zwischen Deppes dogmatischer Version des Klassenkampfes und den Möglichkeiten des DGB als einer autonomen, integrierten Klassen- und Volksgewerkschaft.

Historische Wende als politisches Programm

Im Schlußkapitel über aktuelle Probleme der Gewerkschaftsbewegung heute (1966-1976) er-

Reduktion auf den Begriff der reinen Klassengewerkschaft findet sich nicht nur in den alten RGO-Papieren, sondern auch wiederholt im Protokoll des Mannheimer Parteitages der Deutschen Kommunistischen Partei, 20.—22. Oktober 1978, S. 251, 260 u. a.

^{53a)} In einer Replik bestätigen Deppe und Fülberth, daß „das Klassendogma... das ganze Werk... durchzieht“. Im Kern: „Angriff auf Einheitsgewerkschaft“. Interview mit Frank Deppe und Georg Fülberth, in: Nachrichten, Heft 4/1979, S. 16—18, hier S. 17.

⁵⁴⁾ Am deutlichsten wird das in Person und Werk Wilhelm Liebknechts. Leider fehlt es bislang an einer umfassenden Biographie, die diesen Zusammenhang verdeutlichte.

⁵⁵⁾ Bert Brecht: „Die Lösung. Nach dem Aufstand des 17. Juni ließ der Sekretär des Schriftstellerverbandes in der Stalinallee Flugblätter verteilen, auf denen zu lesen war, daß das Volk das Vertrauen der Regierung verscherzt habe und es nur durch verdoppelte Arbeit zurückerobern könne. Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?“ (Buckower Elegien).

⁵²⁾ Ebd. S. 494.

⁵³⁾ Gerhard Beier, Einheitsgewerkschaft. Zur Geschichte eines organisatorischen Prinzips der deutschen Arbeiterbewegung, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 13/1973, S. 207—242, hier S. 224ff. Die

scheint Deppe durch Käthe Gerstung, Witich Roßmann und Gerhard Weiß politisch eingearbeitet. Die Verfasser orientieren sich stark an den Veröffentlichungen Jörg Huffschmidts, der auf dem Mannheimer Parteitag der DKP als eine Art „Chefideologe“ auftrat⁵⁶). Freilich meiden sie den Anschein der Parteilichkeit, indem sie einen nüchtern wirkenden Überblick der wichtigsten gewerkschaftlichen Probleme und Fragestellungen seit Regierungsübernahme der Sozialdemokratie bieten. Es geht um Lohnpolitik und Reformpolitik, um „Humanisierung der Arbeitswelt“, weiter um Arbeits- und Tarifrecht und schließlich um Organisation und Programm des DGB.

Die politische Botschaft der Marburger Autorengruppe findet sich im letzten Abschnitt versteckt. Dort orakeln die Verfasser über einen „historischen Wendepunkt“, an dem der DGB dreißig Jahre nach seiner Gründung stehen soll. Das Krisenkarussell wird beschworen. Der DGB soll den „schweren“ Weg der „autonomen Widerstandsorganisation“ einschlagen (S. 467).

In den Schlußsätzen werden programmatische Gemeinsamkeiten von DKP und DGB suggeriert, die in Wirklichkeit nicht gegeben sind. Als Mittel der Suggestion dient den Verfassern u. a. das Recht auf Arbeit. Es findet sich im Grundsatzprogramm des DGB, in der Wahlwerbung der DKP und in den Maiparolen der Gewerkschaften seit 1976. Die notwendige Differenzierung wird nicht vorgenommen. Recht auf Arbeit im Sinne des DGB-Grundsatzprogramms meint etwas ganz anderes als im Zusammenhang einer leninistischen Programmatik. Dort heißt es: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!“ Im Rahmen der Sowjetverfassung bedeutet Recht auf Arbeit auch Arbeitszwang bis hin zur Zwangsarbeit — ähnlich wie im Nationalsozialismus. Hingegen ist das Recht auf Arbeit im Sinne gewerkschaftlicher und verfassungsgeschichtlicher Traditionen des Westens als soziale Ausgestaltung der Würde des arbeitenden Menschen zu verstehen. Es bedeutet freie Wahl des Arbeitsplatzes und des Berufes; es steht im Zusammenhang mit dem Recht auf Leben ohne Not und Furcht, ja mit dem Recht auf Freizeit und „Faulheit“⁵⁷). Es zielt auf Selbstverwirklichung im Schaffensprozeß, in einer freien, lebensgeschichtli-

chen Entwicklung, gekoppelt mit dem Recht auf Bildung. Das Recht auf Arbeit, das der DGB in seinem Grundsatzprogramm fordert, ist etwas grundsätzlich anderes als das, was die Wahlplakate der DKP proklamieren und die Staaten ihrer Neigung, des sogenannten „real existierenden Sozialismus“, praktizieren.

Die aktuelle Schlußpointe muß der Leser dreifach studieren, um herauszufinden, worauf die Autoren eigentlich hinauswollen: Dort heißt es im Anschluß an die Forderung nach „Recht auf Arbeit“ scheinbar unverfänglich: „Dabei kann diese wachsende politische Bedeutung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung langfristig nur dann zur Geltung kommen, wenn in den Institutionen der politischen Willensbildung und Entscheidung der Einfluß politischer Kräfte gewährleistet ist, die konsequent die Interessen der lohnabhängigen Mehrheit der Bevölkerung vertreten.“ (S. 469) Im Klartext des Mannheimer Parteiprogramms der DKP lautet die entsprechende Passage: „Die Arbeiterklasse verfügt über viele Organisationen. Sie erstreben Teilziele, nehmen sich spezieller Belange von Teilen der Arbeiterklasse an. Die DKP hingegen vertritt die Gesamtinteressen der Arbeiterklasse. Sie organisiert den Klassenkampf auf ökonomischem, politischem und ideologischem Gebiet. Sie setzt sich konsequent für die Gegenwartsbelange der arbeitenden Menschen ein und behält stets die weitgesteckten sozialistischen Zukunftsziele der Arbeiterbewegung im Auge. Die DKP ist durch keine andere Organisation der Arbeiterklasse zu ersetzen.“⁵⁸)

Nur wenige Leser werden das DKP-Programm so genau kennen, daß sie die Zusammenhänge bemerken. Wer in seiner Arglosigkeit zunächst meint, die Autoren aus Marburg könnten auch einen Appell zur Unterstützung der Sozialdemokratie oder auch des Arbeitnehmerflügels der CDU gemeint haben, der studiere nochmals die Seiten 403 bis 405, insbesondere die Fußnote 244. Dort besteht *nur noch die DKP* als eine Partei, „die sich — wie die kommunistischen Parteien anderer Länder — als Arbeiter- und Klassenpartei definiert“. Wer den hessischen Landtagswahlkampf Ende 1978 genau verfolgt hat, fand diesen Monopolananspruch der DKP auch in ihrer Wahlwerbung dokumentiert⁵⁹).

⁵⁶) Protokoll des Mannheimer Parteitages... S. 304 ff.

⁵⁷) Eine vielgelesene Schrift der alten Arbeiterbewegung stammte von Paul Lafargue, dem Schwiegersohn Karl Marx', *Das Recht auf Faulheit*, letzte Ausgabe Frankfurt a. M. 1966.

⁵⁸) Protokoll des Mannheimer Parteitages... S. 267 f.

⁵⁹) Der Führungsanspruch der leninistischen Partei erscheint in den Verhandlungen des Mannheimer Parteitages immer wieder schamhaft versteckt, wenn es beispielsweise heißt: „Die DKP sucht die

Programmkommission, Geschichtsschreibung und Wahlkampfwerbung der DKP und ihrer Kader arbeiten offensichtlich Hand in Hand. Die Übereinstimmungen gehen bis in die Wortwahl hinein. So heißt es in der „Geschichte“ unter „*Bilanz und Ausblick*“ wörtlich: „Knapp drei Jahrzehnte nach der Gründung des DGB befindet sich die gesellschaftliche und politisch-ideologische Entwicklung der Bundesrepublik an einem historischen Wendepunkt“ (S. 466). Die entsprechenden Passagen im Protokoll des Mannheimer Parteitags der DKP lauten: „In unserem Parteiprogramm bezeichnen wir die Herbeiführung einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt in der Bundesrepublik als vorrangige politische Aufgabenstellung. Diese Zielsetzung entspricht zugleich den Schlußfolgerungen, die wir aus der nunmehr fast dreißigjährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ziehen.“⁶⁰⁾ Weiter unten heißt es: „Im Kampf um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt wie in ihrer weitergehenden Zielsetzung baut die DKP auf die Kraft des arbeitenden Volkes. Sie geht auch hier von den Erfahrungen des Klassenkampfes aus.“⁶¹⁾ Und schließlich: „Die Entwicklung der DKP zu einer Massenpartei ist unerläßlich für die Herbeiführung einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt, für die Erkämpfung einer antimonopolistischen Demokratie, für die Durchsetzung der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik.“⁶²⁾ Die „antimonopolistische Demokratie“ erscheint dabei als ein Synonym für Diktatur des Proletariats.

Was im Schlußteil der Gewerkschaftsgeschichte als historischer Wendepunkt markiert wird, erweist sich als beabsichtigte Umfunktionierung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Hier wird Geschichte nicht nur in einem bestimmten Parteiinteresse umgeschrieben, sondern auch bewußt verfälscht⁶³⁾. Hier dient die scheinbar wissen-

schaftlich fundierte und dem Anschein nach „objektive“ Geschichtsschreibung der schleichenden Indoktrination im Sinne einer politischen Partei, die den Gewerkschaften ihren Führungsanspruch aufdrängen möchte⁶⁴⁾, ohne dazu durch Zustimmung der Mitglieder oder breitere Resonanz in den Arbeitermassen legitimiert zu sein. Der politischen Bereitschaft, ein renitentes Volk notfalls mit Gewalt zur Raison zu bringen, wird hier die geschichtswissenschaftliche Hilfestellung geboten: Man lösche die Geschichte einer Volksbewegung aus und schreibe eine neue!

Latente Wiederherstellung von RGO-Positionen

Objektiv handelt es sich um Ideologie im schlechtesten Sinne, um eine intellektuell maskierte und proletarisch verkleidete Fehleinschätzung der Lage der Arbeiterschaft, um eine entsprechende Fehldeutung der wirklichen Geschichte der Arbeiterbewegung und um eine politische Fehlorientierung im Übergang zu den achtziger Jahren. Wer darauf hineinfällt, den lenken die Verfasser in eine Sackgasse, den führen sie zurück in die verzweifelte Lage bei Zerstörung der Weimarer Republik, als die RGO ihren größten Einfluß, die KPD ihren stärksten Massenanhang und die Arbeiterschaft ihre traurigsten Aussichten hatte. Hier sitzt die eindringliche Warnung Herbert Wehners: „Nicht zurückgleiten in den dialektischen Doktrinarismus eines mit Leninismus gewürzten angeblichen Marxismus.“⁶⁵⁾

Zwar verurteilt das Marburger Autorenkollektiv den Mißerfolg der RGO-Politik, aber es scheint die Anfänge zu billigen, über die es heißt: „Das Hauptanliegen der Opposition bestand darin, die Betriebsbelegschaften in den Tarifauseinandersetzungen zu aktivieren, um Druck auf die Schlichtungsverhandlungen im Sinne der ursprünglichen betrieblichen Forderungen auszuüben. Durch diese Taktik sollten

Mehrheit des Volkes, insbesondere der Arbeiterklasse, zu gewinnen. Die Arbeiterklasse kann ihre führende Rolle bei der Überwindung der Monopolmacht, bei der Errichtung und Gestaltung des Sozialismus um so wirkungsvoller wahrnehmen, je mehr es der revolutionären Partei gelingt, entscheidenden politischen Einfluß auszuüben.“ S. 253.

⁶⁰⁾ Ebd., S. 27f.

⁶¹⁾ Ebd., S. 223.

⁶²⁾ Ebd., S. 267.

⁶³⁾ Lenin meinte, ein Kommunist müsse „— zu allen möglichen Kniffen, Listen, illegalen Methoden, zur Verschweigung, Verheimlichung der Wahrheit bereit sein, um nur in die Gewerkschaften hineinzukommen, in ihnen zu bleiben und in ihnen um jeden

Preis kommunistische Arbeit zu leisten“. Wladimir Iljitsch Lenin, *Der „linke Radikalismus“*, die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: *Ausgewählte Werke*, Bd. 2, Moskau 1947, S. 701.

⁶⁴⁾ Zwar heißt es im Mannheimer Programm: „Die DKP erhebt in Bündnissen keinen Führungsanspruch“ (Protokoll... S. 266), doch wird damit zugleich der Führungsanspruch außerhalb von Bündnissen festgeschrieben.

⁶⁵⁾ Herbert Wehner, *Lernen und nicht verzweifeln*. Gedanken zur Rolle der Gewerkschaften in der Republik, in: *Das Magazin ÖTV*, H. 5/Mai 1979, S. 4—7, hier S. 7.

die Verbandsleitungen zu einem entschlossenen Auftreten veranlaßt werden. Gleichzeitig erwartete man von einer Aktivierung der Arbeiter eine Stärkung des Bewußtseins und des gewerkschaftlichen Organisationsgrades. Ausdrücklich wurde betont, die kommunistische Gewerkschaftsarbeit vollziehe „sich im Rahmen der Statuten und Beschlüsse der betreffenden Gewerkschaften“. Dabei wurde das Ziel verfolgt, die wirtschaftsfriedliche Grundorientierung des ADGB zu ändern“ (S. 192).

Diese Darstellung enthält eine Fälschung und einen Widerspruch: Zum einen war der ADGB niemals eine „wirtschaftsfriedliche“ Organisation. Als solche wurden vielmehr die von den Unternehmern abhängigen, sogenannten „gelben“ Werkvereine bezeichnet, gegen die christliche, liberale und sozialistische Gewerkschaften gemeinsam angegangen sind. In diesem Zusammenwirken liegt einer der Ursprünge der modernen Einheitsgewerkschaft⁶⁶⁾. Wer den ADGB als „wirtschaftsfriedliche“ Organisation bezeichnet, der fälscht Geschichte. Freilich dient diese Fälschung der Rechtfertigung eines Widerspruchs, daß nämlich die RGO unter der Tarnung satzungsmäßigen Vorgehens den wirtschaftspolitischen Kurs des ADGB sabotierte und eine revolutionäre „Wende“ anstrebte. Ansonsten entspricht das taktische Vorgehen, wie es die Marburger Autoren der RGO zuschreiben, vom „Ranschmeißen“ über die „Autonomie“ bis zur vielzitierten „Wende“ genau jenen drei Schritten, die Fritz Vilmar so treffend in der heutigen Gewerkschaftspolitik der DKP erkannt hat.

Über den heutigen Einfluß der DKP heißt es beschwichtigend: „Schließlich kommt der Bruch in der gesellschaftspolitischen Entwicklung der Bundesrepublik nach 1966 auch in der Neubildung einer kommunistischen Partei (DKP, 1968) zum Ausdruck, die zwar noch keinen Masseneinfluß entfaltet, deren politisch-ideologische Arbeit jedoch — vor allem über die kommunistischen Arbeiter, Vertrauensleute und Betriebsräte — auf die Entwicklung der Gewerkschaften und des Bewußtseins von Teilen der Lohnabhängigen einwirkt“ (S. 418f.). Eine Kritik an Taktik, Strategie und Programm der DKP wird nicht geübt. Das Ziel, die „wirt-

schaftsfriedliche“ Grundorientierung des DGB zu ändern, ist evident, wenn man Deppes Aussagen über Lohnpolitik und Mitbestimmung als „Klassenkampf“ betrachtet. Der Übergang zu einer offenen RGO-Politik scheint lediglich eine Frage der Zeit zu sein, getreu der Leninschen Empfehlung, die politische Macht nicht erobern zu wollen, bevor der „Kampf nicht eine gewisse Stufe erreicht hat“⁶⁷⁾. Hier werden RGO-Positionen latent wiederhergestellt⁶⁸⁾. Der Angriff richtet sich letztlich gegen die parteipolitisch unabhängige, integrierte und autonome Einheitsgewerkschaft, die entweder beherrscht oder zerstört werden soll.

Wer die vorliegende Geschichte Kapitel für Kapitel studiert, wird trotz unterschiedlichen Niveaus in der Ausführung überall dasselbe historisch-politische Strickmuster erkennen. Das Werk bringt keine neuen Erkenntnisse über den Verlauf der Geschichte, sondern eine besondere Art der Interpretation aus kommunistischer Parteilichkeit heraus. Es dient nicht der geschichtlichen Selbstbesinnung und historischen Reflexion der Gewerkschaftsbewegung in ihren selbstgesetzten Entwicklungslinien. Gewerkschaftsgeschichte wird hier nicht im Sinne einer wahrhaft dialektischen Methode auf ihren eigenen Begriff gebracht. Das Werk dient also nicht der autonomen gewerkschaftlichen Bewußtseinsbildung, sondern dem Transport sowjetmarxistischer Interpretationsmuster und Handlungsanweisungen in die Schulungsarbeit der Gewerkschaften. Das alles findet sich weit verstreut und immer wieder verlausliert angedeutet, bestätigt sich aber in der kritischen Analyse durch quantifizierende, vergleichende und interpretierende Methoden.

Gesamturteil

Wer die oben erläuterten gewerkschaftlichen und wissenschaftlichen Kriterien zur Bewertung von Geschichtsschreibung auf das vorlie-

⁶⁷⁾ Lenin, Der „linke Radikalismus“... S. 698.

⁶⁸⁾ Diese Latenz äußert sich beispielsweise, wenn Deppe in einem Streitgespräch meint, „unter der Voraussetzung des Bestehens von Richtungs-gewerkschaften sei er natürlich dafür, daß die jeweils radikalere Bestrebung möglichst stark werde.“ „Fälschung“ oder „Denunziation“? Das Streitgespräch zwischen Wolfgang Abendroth, Frank Deppe, Theo Pirker und Manfred Scharrer am 30. Januar 1979 in der Akademie der Arbeit, Bericht in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 4/1979, S. 245—250, hier S. 247.

⁶⁶⁾ Im Artikel 3 des Abkommens vom 15. November 1918 heißt es eindeutig: „Die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände werden die *Werkvereine* (die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Vereine) fortan vollkommen sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen.“ Damit war eine der wichtigsten organisatorischen Forderungen im Kampf gegen die „Gelben“ von den Gewerkschaften durchgesetzt worden.

gende Buch anwendet, kommt zu einem rundum negativen Ergebnis:

1. Das Werk von Deppe, Fülberth und ihren Mitarbeitern ist keine „unparteiische und rücksichtslose Geschichte“. Sie steckt vielmehr voller Parteilichkeit in der Verteilung von rücksichtslos^{em} Tadel und rücksichtsvol^{lem} Lob. Die Geschichte legt nicht Rechenschaft über die Vergangenheit der gesamten Gewerkschaftsbewegung, sondern setzt allein den Anteil kommunistischer Gewerkschafter ins beste Licht, zieht also nicht Bilanz — mit roten und schwarzen Zahlen — sondern fälscht die bisherige Geschichte in parteikomunistischem Sinne um.

2. Die Autoren zeigen keine freie, offene Perspektive künftiger Entwicklungen. Sie weisen der Arbeiterbewegung keine neuen Ziele, sondern hängen an der Vergangenheit des „realen Sozialismus“. Sie führen zur Wiederherstellung von latenten RGO-Positionen im Hinblick auf die vorgebliche „historische Wende“ in der Entwicklung der Gewerkschaften und der Bundesrepublik Deutschland, fallen also auf Positionen zurück, die vor bald fünfzig Jahren in einem sehr schmerzhaften Lernprozeß überwunden wurden. Mit dem „Prinzip Hoffnung“ hat das nichts zu tun.

3. Der Versuch, aus der parteilichen Interpretation jüngster Geschichte direkt zu politischen Handlungsanweisungen zu gelangen, widerspricht dem Problembewußtsein aufgeklärter Geschichtswissenschaft. Diese Position ist nicht pragmatisch, sondern dogmatisch. Sie dient nicht einer verbesserten, wissenschaftlich fundierten Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften, sondern ihrer ideologischen Fixierung auf fremdbestimmte Programmsätze.

4. Die vorliegende Geschichte fördert nicht die „Pflege und die Erhaltung des Bewußtseins der historischen Identität“, sondern nutzt das Vakuum weitverbreiteter Geschichtslosigkeit, um der deutschen Gewerkschaftsbewegung den Unterbau einer neuen Identität zu verpassen. Der breite Strom der Gewerkschaftsbewegung wird gleichsam in einen künstlichen Seitenkanal gelenkt. Das lebendige Gleichgewicht in der historisch gewachsenen Einheitsgewerkschaft sieht sich gefährdet durch den Versuch der Kanalisation. Die verbleibende potentielle Energie soll offenbar in den Dienst einer fremden Sache gestellt werden. Darin liegt letztlich ein Angriff auf die autonome Einheitsgewerkschaft in ihrer Gesamtheit.

Die Aufnahme eines derartigen Buches durch die Öffentlichkeit wird nicht dem Zufall überlassen. Zunächst ernteten die Verfasser ein ungewöhnlich eindeutiges Lob: Heinz Deutschland, Leiter der Forschungsgruppe Geschichte an der Gewerkschaftsschule Fritz Heckert, Bernau, schrieb in der führenden Fachzeitschrift der DDR, „es gehöre zu den Vorzügen des Buches, daß ihm jene Prinzipien zugrunde liegen, die Marx und Engels bereits im vorigen Jahrhundert entwickelten“⁶⁹⁾. Über die Behandlung aktueller Fragen heißt es weiter: „Verdienstvoll ist die Darstellung der Entwicklung des DGB von seinen Anfängen bis 1976. Im Unterschied zu anderen Veröffentlichungen wird hier die ganze Widersprüchlichkeit und Kompliziertheit dieser Entwicklung erfaßt. Die Potenzen und Grenzen des DGB werden gezeigt, den Aktivitäten der Mitglieder- und Arbeitermassen wird breiter Raum gewidmet sowie die Komplexität gewerkschaftlichen Wirkens und der Zusammenhang von Programm, Politik und Taktik wird behandelt.“⁷⁰⁾ Bemerkenswert ist dabei, was Heinz Deutschland aus der „Geschichte“ durch Zitat nochmals hervorhebt: „Tatsächlich besteht das entscheidende Problem der Gewerkschaftspolitik nicht darin, neue Theorien und Strategien zur Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftskrise zu diskutieren, um durch die Logik der Argumente Regierung und Unternehmer zu überzeugen. Die Gegensätzlichkeit der Vorschläge der Gewerkschaften auf der einen und der konservativen Kräfte auf der anderen Seite ist nur ein Ausdruck der Polarisierung der Klasseninteressen, des Widerspruchs von Lohnarbeit und Kapital, der nicht in der Theorie, sondern nur in der Praxis des Klassenkampfes überwunden werden kann“ (S. 465f.).

Zu viel öffentliches Lob aus Bernau hätte die Absichten der Marburger Autorengruppe durchkreuzen können. Sie beriefen sich in ihrer Werbung viel lieber auf die „Deutsche Volkszeitung“ und auf im Westen anerkannte Persönlichkeiten. Wolfgang Abendroth ließ sich zu einer peinlichen Lobhudelei hinreißen: „Das Buch ist nicht nur die einzige neuere umfassende Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, sondern vor allem auch eine große sozialwissenschaftliche und pädagogische Leistung ... eines der wichtigsten Bücher der Geschichte der Arbeiterbewegung.“⁷¹⁾ In

⁶⁹⁾ Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BZG), H. 6/1978, S. 948f.

⁷⁰⁾ Ebd., S. 949.

⁷¹⁾ Dieser Auszug aus einer Besprechung durch Wolfgang Abendroth wird in der Verlagswerbung immer wieder zitiert.

einer Gewerkschaftszeitung lautete die lapidare Werbezeile: „Geschichte — konkrete Anleitung zum Handeln“⁷²⁾.

Auf der wissenschaftlichen Ebene wurde das Geschichtswerk durch Henryk Skrzypczak mit einem einzigen Absatz erledigt: „Obwohl die manipulativen Auswüchse, die dem historischen Schrifttum der Stalin-Zeit ihren entwertenden Stempel aufgeprägt haben, längst der Vergangenheit angehören, lassen sich die Ergebnisse der leninistischen Geschichtswissenschaft von einer objektivitätsorientierten Forschung nur sehr partiell rezipieren. Selbst in ihren herausragenden Leistungen nämlich kann diese Historiographie sich nicht aus den Fesseln des Prinzips einer Parteilichkeit lösen, die fast zwangsläufig zur selektiven Verengung des Wahrnehmungsfeldes führt und die Forschung andererseits zu wissenschaftlich drapierter Absicherung politisch vorgegebener Bewertungen nötigt. Wo das Prinzip der Parteilichkeit sich unter Ausnahmebedingungen mit einer größeren Flexibilität der Darstellung verbindet, wie in dem jüngst von Frank Deppe, Georg Fülberth und Jürgen Harter herausgegebenen voluminösen Sammelband ‚Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung‘, werden die grundsätzlichen Schwächen der leninistischen Historiographie zwar suggestivkräftig verdeckt, doch in keiner Weise behoben.“⁷³⁾ Aber mit dieser zutreffenden Kritik war das politische Problem der Gewerkschaftsgeschichte nicht vom Tisch.

Strategie und Taktik als Herausforderung

Als Werk eines einsamen Einzelgängers wäre der vorliegende Band vermutlich kaum beachtet und rasch vergessen worden. Aber es handelt sich um ein Autorenkollektiv, dessen Arbeit in den Rahmen einer politischen Strategie eingebettet erscheint. Die Deutsche Kommunistische Partei, die Arbeitsgemeinschaft für gewerkschaftliche Fragen (AgF) und das Institut für marxistische Studien und Forschungen (IMSF) arbeiten offensichtlich Hand in Hand. Wo Lehrpläne gewerkschaftlicher Bildungsarbeit erweitert werden, rückt Gewerkschaftsgeschichte langsam vor. Dagegen ist zunächst gar nichts einzuwenden. Aber gleichzeitig

wird dafür gesorgt, daß Lehraufträge an Dozenten gehen, die der Linie des Anti-Antikommunismus folgen. Schließlich gelangt die Marburger Gewerkschaftsgeschichte auf einem dritten Wege in die Bücherpakete der Gewerkschaften und damit in die Unterlagen für jene Kurse, die von entsprechenden Dozenten in zunehmender Zahl durchgeführt werden. Damit schließen sich drei taktische Schritte zu einem strategischen Einbruch in die Bewußtseinsbildung des gewerkschaftlichen Nachwuchses. Schließlich bekommen die bildungswilligen jungen Leute das DKP-Programm in die Hände, zu dem es heißt: „— richtige Schlußfolgerungen aus der Geschichte, sicherer Kompaß für die Zukunft“⁷⁴⁾. Die Synchronisation von DKP-Strategie und gewerkschaftlicher Tagesarbeit ist dann nur noch eine Frage der Zeit: der in die Zukunft hinein programmierten Geschichte.

Die ersten politischen Wirkungen auf Bundesebene zeigten sich, als auf der 10. DGB-Bundesjugendkonferenz von Vertretern der DKP und SDAJ die folgende Linie durchgesetzt wurde: „Gemeinsamer Kampf gegen Berufsverbote in der BRD: ja — Solidarität mit Havemann, Biermann und Rudolf Bahro: nein.“⁷⁵⁾ Die Bundesjugendschule des DGB in Oberursel unter Leitung von Hinrich Oetjen wurde am intensivsten mit dem Problem konfrontiert und gab den Anstoß zur Auseinandersetzung mit der „Geschichte“ aus Marburg. Manfred Scharrer, ein junger Sozialwissenschaftler aus Berlin, übernahm die undankbare Aufgabe, eine kämpferische Rezension für die Gewerkschaftspresse zu schreiben. Er sparte nicht mit kräftigen Zügen, sprach von „Geschichtsfälschung“ und — in Anspielung auf Stalin — von einem „Kurzen Lehrgang“ der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung⁷⁶⁾. Scharrer konnte sein Urteil belegen und auch in der folgenden Auseinandersetzung behaupten⁷⁷⁾.

⁷²⁾ So eine Anzeige des Pahl-Rugenstein-Verlages in seiner Werbung, die besonders auf gewerkschaftliches Publikum abgestellt ist.

⁷³⁾ Henryk Skrzypczak, Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Ein Bericht zu ihrer Historiographie, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz, H. 4/1978, S. 455—473, hier S. 469.

⁷⁴⁾ Protokoll des Mannheimer Parteitages... S. 27.

⁷⁵⁾ Zur Strategie der DKP und der SDAJ im gewerkschaftlichen Jugendbereich — Ein Beitrag zur Diskussion um gewerkschaftliche Jugendarbeit nach der 10. DGB-Bundesjugendkonferenz, hektografiertes Manuskript, S. 1. Zur Rolle der Gewerkschaftsgeschichte heißt es im gleichen Papier: „Da, wo die KP-Strategie den Kurs bestimmt, wird kommunistische Geschichtsfälschung an junge und unerfahrene Mitglieder herangetragen und erstirbt der letzte Rest an Freiheitsdrang, der den jungen Gewerkschaftern noch geblieben sein mag...“ Ebd., S. 3.

⁷⁶⁾ Manfred Scharrer, Über Geschichtsfälschung, in: Neuer langer Marsch, H. 38/1978, S. 10—13. Die Rezension wurde in verschiedenen Blättern nachgedruckt, darunter in der Frankfurter Rundschau.

⁷⁷⁾ Wie Anm. 68.

Die angegriffenen Herausgeber und Autoren reagierten so, wie im Mannheimer DKP-Programm vorgesehen, „daß dem Antikommunismus in den Gewerkschaften kein Raum gegeben wird“⁷⁸⁾, und zwar auch nicht dem linken Antikommunismus, den Scharrer gegenüber „partei-kommunistischen“ Positionen vertreten hatte. Es folgte eine breit angelegte Kampagne gegen Scharrer, die dem unbefangenen Beobachter deutlich machte, wie bei Säuberungen verfahren würde, die unter der Inquisitorischen Regie neostalinistischer Kräfte stünden. In einem ersten Schritt wurde Scharrer persönlich angegriffen und wissenschaftlich ‚disqualifiziert‘. Im zweiten Treffen sollte er für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit unmöglich gemacht werden. Schließlich versuchten Deppe, Fülberth und Harrer gerichtliche Maßnahmen zu erreichen. Am Ende stand das vergebliche Bemühen, die inhaltliche Auseinandersetzung für abgeschlossen zu erklären und den Rest totzuschweigen⁷⁹⁾. Rolf Taubert vom Institut für Zeitungsforschung in Dortmund, fällt ein weitsichtiges Urteil, als er nach dem ersten Schritt der Kampagne gegen Scharrer schrieb: „Bei ihren Invektiven gegen den ‚Historiker‘ Scharrer allerdings läuft es einem eiskalt über den Rücken. Spätestens seit Glucksmann wissen wir es: Das ist die Sprache des GULAG! Ihre Methode, Menschen dadurch zur Unperson zu erklären, daß man sie, ihre berufliche Stellung, ihr Selbstverständnis und ihre Ansprüche in Anführungszeichen setzt, ist nicht der einzige Beweis.“⁸⁰⁾

Scharrer wurde nicht im Stich gelassen. Gleichwohl dürfte sein Fall einschüchternde Wirkung gehabt haben. Wer sich als „Antikommunist“ in den Gewerkschaften exponiert, muß offenbar mit Einkreisung und Ausgrenzung rechnen — jedenfalls mit einem derartigen Ansatz. Aber es gelang nicht, die aufgebrochene Debatte über das Geschichtsbuch zu beruhigen. Eine Reihe Gewerkschaftszeitungen druckte kritische Besprechungen. In Leserbriefkampagnen außerordentlichen Umfangs wurde versucht, die betreffenden Redaktionen unter Druck zu setzen, Gegendarstellungen zu bringen etc.⁸¹⁾. Gleichzeitig entwickelten sich eine Diskussion in Fachzeitschriften⁸²⁾.

Wer bislang Gewerkschaftsgeschichte für eine akademische, unpolitische und langweilige Angelegenheit gehalten hat, der muß seine Einstellung angesichts der jüngsten Entwicklung revidieren. Die gegenwärtige Auseinandersetzung führt bis an den Rand eines „Stellvertreterkrieges“ zwischen unvereinbar festgelegten Positionen. Die weltanschauliche Neutralität und politische Unabhängigkeit der Einheitsgewerkschaft steht dabei auf dem Spiel. Wer die Einheitsgewerkschaft für ein tragendes Element unserer Demokratie hält — und diese Auffassung ist wohlbegründet und zahlreich —⁸³⁾, der darf sich hier nicht gleichgültig verhalten. Er sollte auch tunlichst darauf verzichten, die Substanz der Einheitsgewerkschaft bei dieser Gelegenheit von rechts in die Zange zu nehmen⁸⁴⁾.

Eine historisch hochgerüstete, arbeitsteilig organisierte und disziplinierte Truppe trifft hier auf ein nahezu unvorbereitetes Arbeiterbewußtsein. Die historisch bedingte Geschichtslosigkeit der deutschen Arbeiterschaft steht dem Angriff fast wehrlos gegenüber. Hier hat Geschichtswissenschaft sich nicht, wie Heinz Oskar Vetter 1977 forderte, in den Dienst einer sozialen Sache gestellt. Hier versuchen vielmehr politische Kader auf dem Umweg über die Universität eine soziale Bewegung für ihre fremdbestimmten Zwecke einzuspannen.

Wer den üblichen Sozialkunde- und Geschichtsunterricht im Rahmen unseres Bildungssystems genossen hat, der weiß kaum etwas über Geschichte im allgemeinen und

Wer den üblichen Sozialkunde- und Geschichtsunterricht im Rahmen unseres Bildungssystems genossen hat, der weiß kaum etwas über Geschichte im allgemeinen und

⁸¹⁾ Als Beispiel seien hier die Hefte 3 bis 5 des Magazin ÖTV genannt, wo eine Rezension durch den Verfasser dieses Beitrags zu einem heftigen Meinungsaustausch führte. Ähnlich ging es mit der Zeitschrift Erziehung und Wissenschaft ab Heft 7/1979. Hier bleibt anzumerken, daß das ÖTV-Magazin unter der sachkundigen Redaktion Dieter Schneiders mit einer Auflage von über einer Million seit Jahren durch im besten Sinne populärwissenschaftliche Beiträge zur historischen Bewußtseinsbildung beigetragen hat.

⁸²⁾ Zu nennen ist insbesondere das Heft 4/1979 der Gewerkschaftlichen Monatshefte, Heft 4/1979 der Blätter für deutsche und internationale Politik Prokla Nr. 35/1979.

⁸³⁾ Norbert Blüm, Willy Brandt, Helmut Kohl, Helmut Schmidt, Herbert Wehner u. v. a. haben sich wiederholt in diesem Sinne geäußert.

⁸⁴⁾ „Gedankenspiele“ aus den Reihen der CSU, die sich gegen den DGB als Einheitsgewerkschaft richten, könnten Solidarisierungen erzwingen, die der extremen Linken eher nützen.

⁷⁸⁾ Protokoll des Mannheimer Parteitages, S. 261.

⁷⁹⁾ Die Stationen dieser Auseinandersetzung lassen sich recht vollständig im Dokumentations- und Leserbriefteil der Frankfurter Rundschau ab 2. Januar 1979 nachlesen. Dazu kursieren diverse Privatdrucke und Materialzusammenstellungen halböffentlichen Charakters, quasi Samisdat-Literatur.

⁸⁰⁾ Zeitschrift von Dr. Rolf Taubert, in: Streit um das Buch „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“, o. O. u. J., S. 58.

schon gar nichts über die Vergangenheit seiner Organisation. Der Illustrierten- und Buchmarkt, die politischen Magazine geben ihm kaum Argumentationshilfe, wenn es um so spezielle Fragen geht. Das Fernsehen sieht sich immer wieder außerstande, visuell zu vermitteln, was nicht vorher wissenschaftlich-literarisch bewältigt wurde. Am Vorabend der ersten historischen Konferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes, dreißig Jahre nach dem Münchner Gründungskongreß des DGB, stehen Geschichtswissenschaft, politische Erwachsenenbildung und Sozialkundeunterricht

vor einer außerordentlichen historisch-politischen Herausforderung⁸⁵⁾. Sie sollten diese Situation als Chance nutzen — um der Einheitsgewerkschaft und der sozialen Demokratie willen.

⁸⁵⁾ Wer nicht unbedingt einen „Leitfaden“, sondern problemorientierte Literatur zur Gewerkschaftsgeschichte sucht, der sei auf den Literaturbericht von Henryk Skrzypczak mit seinen zahlreichen Hinweisen verwiesen. Vgl. Anm. 73. Als Einstieg in eine Problemdiskussion eignet sich vorzüglich: Fritz Vilmar, Aktivierung der Basis, der Theorie und der Politik. Grundforderungen einer solidarischen Gewerkschaftskritik, in: Vorgänge, H. 5/1978, S. 63.

Horst Ueberhorst: Probleme der Geschichtswissenschaft. Ein Beitrag zur politisch-historischen Bildung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41/79, S. 3—17

Der Beitrag will generelle Probleme der Geschichtswissenschaft überhaupt und die besonderen der deutschen Geschichtsschreibung, die sich im Laufe des 19. und 20. Jhrs. zeigten, herausstellen. Die deutsche Geschichtsschreibung war bis zum Zweiten Weltkrieg in eine immer tiefere Krise geraten, aus der sie durch eine scharfe Selbstreflexion herauszuführen, jüngere Historiker sich bemühten. In deren Kritik hatte deutsche Geschichtsschreibung die strengen Forderungen einer wissenschaftlichen Disziplin nur noch bedingt erfüllt, weil 1. die Historiker in ihrer speziellen historischen Situation geglaubt hatten, einen politischen Auftrag zu erkennen, sich in den Dienst einer nationalistischen Erziehung stellen zu müssen, weil sie 2. Geschichtsdeutung auf der Grundlage idealistischer Philosophie betrieben hatten und weil sie 3. historisches Geschehen im wesentlichen als einen eindimensionalen Ablauf von Ereignissen und Entscheidungen „großer Männer“ dargestellt hatten. Das Anwachsen der Bedeutung der Naturwissenschaften mit ihren wissenschaftlich exakten Methoden übte seine Wirkung auf eine bestimmte, an sozialen Problemen interessierte Gruppe von Historikern aus. Die im französischen und angloamerikanischen Raum erscheinenden sozialkritischen Arbeiten stimulierten vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg einige deutsche Historiker, sich von der traditionellen Arbeitsweise der Geschichtsschreibung zu lösen und neue Wege zu gehen. Aus einer anfänglichen Gegnerschaft zwischen Historikern, die sich der traditionellen, individualisierenden Methode verpflichtet fühlten, und den soziologisch orientierten, die sich um die Herausarbeitung von Strukturen der menschlichen Gesellschaften bemühten, wird nach harter Auseinandersetzung Kooperation, in der aber beide ihre Eigenständigkeit wahren. Die Grundlegendiskussionen der Geschichtswissenschaftler führten darüber hinaus in den letzten beiden Jahrzehnten zu einem neuen Bewußtsein über Sinn und Aufgabe der Beschäftigung mit Geschichte und gaben dem Interesse der Jugend an geschichtlichen Problemen neue Impulse.

Gerhard Beier: Die Wiederentdeckung der Gewerkschaftsgeschichte. Ein aktueller Streit und seine historischen Hintergründe

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41/79, S. 19—36

In der aktuellen Auseinandersetzung wird das Problem der Geschichtslosigkeit der Arbeiterbewegung unter verschiedenen Aspekten thematisiert. Die Ursachen sind in äußeren und inneren Faktoren zu erkennen: Repressionen bis zu Phasen totaler Unterdrückung der Gewerkschaften; Identitätskrisen im Übergang von Richtungs- und Berufsgewerkschaften zur Einheits- und Industriegewerkschaft.

Das von den Gewerkschaften und ihren Vertretern immer wieder artikulierte Geschichtsverständnis zielt auf Rechenschaftslegung und Zukunftsorientierung. Es bedarf des offenen Dialoges und der produktiven Kooperation zwischen geschichtswissenschaftlichen Einrichtungen und gewerkschaftlichen Organisationen, um historischer Mythen- und Legendenbildung, ja dem Aufbau irreführender Identitätsketten und der Begründung kurzschlüssiger Handlungsanweisungen entgegenzuwirken.

Seit Anfang der sechziger und zunehmend seit Mitte der siebziger Jahre ist ein Prozeß der Wiederentdeckung von Gewerkschaftsgeschichte zu beobachten. Dabei sind politische Absichten im Spiele. Einmal soll die Programmdiskussion in der Gewerkschaftsbewegung aus der historischen Besinnung heraus bereichert werden. Zum anderen lassen sich Versuche ausmachen, den Einfluß DKP-orientierter Kräfte auf dem scheinbar harmlosen Umweg über die Geschichtsschreibung in den Gewerkschaften zu verstärken. Im Mittelpunkt dieser Problematik steht die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung von Frank Deppe, Georg Fülberth und Jürgen Harrer.

Mit der wissenschaftlichen Bewertung verfälschenden Umgangs mit der Gewerkschaftsgeschichte ist das politische Problem nicht vom Tisch. Zeitgeschichtsschreibung, politische Bildung und Sozialkundeunterricht stehen vor einer außerordentlichen Herausforderung, die — 30 Jahre nach Gründung des DGB — als Chance zum offenen Dialog und zur autonomen Geschichtsschreibung genutzt werden sollte.